



Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 224

Wilhelmshaven

Februar 2007

Gefundenes Fressen

Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen bringen die Stadt und die Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe in Zugzwang



Igitt!

Ekelig ist das schon, was den Badenden am Südstrand serviert wird. Einen Weg gegen die Fäkalieneinleitungen referierte der Hamelner Dipl.-Ing. Hans Dopheide auf einer Veranstaltung der Kaiserlichen KanalarbeiterInnen. Wir berichten auf Seite 3.

Unbeliebt machte sich Oberbürgermeister Eberhard Menzel auf einer Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative. Womit er sich den Unmut der Arbeitslosen zuzog, erfahren Sie auf Seite 4.

Die Boomtown floppt – von den über 5 Milliarden Euro, die Betriebe wie INEOS und ConocoPhillips in ihre Anlagen stecken wollten, ist nicht viel übrig geblieben. Schlechte Aussichten auf Seite 5.

Das Lieblingskind des Wilhelmshavener Stadtbaurats Kottek ist die Jade-Allee – also die Verbindung der Innenstadt mit dem Meer. Dass die Realisierung dieser Prachtstraße nicht so ganz einfach ist, steht auf Seite 6.

Welches Interesse hat Oberbürgermeister Menzel an einer Kontaktsperre zwischen dem Ingenieurbüro Tober und der Stadtverwaltung? Unbeantwortete Fragen auf Seite 7.

Da strahlte der Oberbürgermeister: Wilhelmshaven ist die 200. Teilnehmerin der bundesweiten Initiative "Solar-Lokal". Auf Seite 8 beschreiben wir die Chancen der Sonnenenergie in Wilhelmshaven.

Die Ratssplitter finden Sie diesmal auf Seite 10.

Begeistert war unsere Kulturabteilung von der Dreigroschenoper. Der Bericht dazu steht auf Seite 12.

Bunt gewürfelte Informationen zu Hartz IV finden Sie diesmal auf Seite 13.

Was passiert eigentlich mit der Stadthalle? Eine total geheime Untersuchung soll dazu Auskunft geben – unsere Untersuchung der Untersuchung steht auf Seite 14.

Nachrichten, Veranstaltungen u.ä. finden Sie wie immer quer durchs Heft verstreut.

Titelbild: GRUPPOI635_foto.hufenbach

meldungen

INEOS-Rückzug

Am 24. Januar bekamen die Einwender gegen die Erweiterungspläne der ICI-Ineos Post vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt:

Die Firma INEOS Vinyls Deutschland GmbH hat mit Schreiben vom 18.01.2007 - bezüglich der (...) immissionsschutzrechtlichen Entscheidungen für ihre Vorhaben (Ethylenanlage/Ethancracker, Chloranlage, VOM-Anlage und PVC Anlage (...) - einen Antrag auf Aussetzung der Verfahren bis zum 31.10.2007 gestellt.

Als Grund für das Aussetzen der Verfahren wurde eine noch ausstehende wichtige Entscheidung bei einem Rohstofflieferanten angegeben. (...)

Der für den 13.02. 2007 in Wilhelmshaven vorgesehene Erörterungstermin findet daher nicht statt. Ein neuer Termin für die Erörterung der Einwendungen wird, sobald er feststeht, rechtzeitig öffentlich bekannt gegeben.

Das ist schon ein ernst zu nehmender Rückzug. (hk)

Kaiser-Wilhelm-Brücke nordwärts

Wieder ein runder Geburtstag in Wilhelmshaven. Unser Wahrzeichen hat die ersten hundert Jahre nach Fertigstellung gut überstanden und es macht auch nicht den Eindruck, als würde dieses markante Bauwerk größere Schwächen zeigen.

Dass die Brücke natürlich nicht für den heutigen Verkehr gebaut wurde, schadet ihr nicht. Viele tausend Menschen überqueren das Wunderwerk und nutzen den schönen Blick über die Hafentflächen für Erinnerungsfotos. Gerade Touristen sind natürlich begeistert und sehen die Hafenanlagen mit noch staunenderen Augen, wenn sich die Brücke in Bewegung setzt, um die Ein- oder Ausfahrt von Schiffen zu ermöglichen.

Alles ist gut, wenn man den Blick von der Brücke nur nach Süden, West oder Osten richtet. Die vielen schönen Ausblicke sind aber schnell vergessen, wenn die Südzentrale in das Blickfeld gerät. Ein Trauerspiel! Längst hätte die Stadt hier aktiv werden müssen. Dem Verfall preisgegeben wartet dieses Industriedenkmal seit vielen Jahren darauf, in den Fokus der Verantwortlichen zu kommen. Bisher vergeblich. Steht dieses Gebäude doch den Ideen einiger weniger einfach nur im Weg. Dass man die Südzentrale seit Jahren abreißen will, nur um einen möglichst hohen Profit zu machen, sagt man natürlich nicht offen. Vorgeschoben wird das Argument, dass ein Erhalt nicht bezahlbar sei.

Das ist aber keinesfalls korrekt. Es gibt die auch für die Stadt Wilhelmshaven bezahlbare Möglichkeit zum Erhalt und späteren Umbau. Vorgestellt wurden diese Möglichkeiten dem Bauausschuss der Stadt schon vor längerer Zeit, reagiert hat aber niemand.

Ein Konstrukt aus Ankauf der Immobilie, Verkauf von nicht benötigten Freiflächen und einer ersten Baumaßnahme zur Sicherung des Gebäudes gegen den weiteren Verfall würde unterm Strich lediglich 2 Mio. Euro kosten. Sicher viel, aber gut angelegtes Geld. (jt)

Land hat Stadt ausgebootet

Wie euphorisch waren die Ratsvertreter, als sie vor mehr als 2 Jahren beschlossen, eine Vermarktungsgesellschaft zu gründen, um zusammen mit dem Land Niedersachsen die unendlichen Industrieflächen im Stadtnorden zu vermarkten. Böse Blicke und böse Worte gab es von allen Seiten, als Joachim Tjaden schon damals darauf hinwies, dass 1. der Vertragsinhalt nicht einmal bekannt ist, 2. das Land zuerst seine eigenen Flächen vermarkten wird, 3. das Land dafür sorgen wird, dass es das alleinige Sagen haben wird und die Stadt das Nachsehen hat und 4. Erhebliche städtische Gelder aufgewendet werden ohne Aussicht auf Refinanzierung. Der Vertrag ließ dann zudem lange auf sich warten, soll aber jetzt doch geschlossen werden.

Plötzlich tönen vollkommen ungewohnte Worte aus dem Mund des OB und des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Siegfried Neumann. Menzel möchte plötzlich eine eigene Vermarktungsstrategie entwickeln und die Vorgaben der Landesregierung nicht mehr kommentarlos ausführen. Neumann wettet gegen den JadeWeserPort (JWP) und bezweifelt öffentlich, dass 2007 Baubeginn sein wird. Er bezeichnet den JWP als Klapphafen, der für Wilhelmshaven nichts bringt. Alles Aussagen, für die Tjaden noch vor wenigen Monaten als Arbeitsplatzverhinderer beschimpft wurde.

Plötzliche Einsicht aufgrund eines Gutachtens, welches die Grundlage für eine regionale Zusammenarbeit sein soll? Ein Gutachten, in welchem zu lesen steht, dass der JWP nur eine sehr geringe Wertschöpfung haben wird. Ein Gutachten, welches aus den Reihen der JWP-Befürworter finanziert wurde.

Oder macht die Herren unruhig, dass die Landesregierung jegliche Einflussnahme der Stadt auf Flächenvermarktung und die Schaffung von Ausgleichsflächen für den Voslapper Groden ausgeschlossen hat? Oder ist es die Anweisung des Landes, dass die Stadt jegliche Planung des Nordgleises einstellen muss?

Ist es vielleicht der Umstand, dass die Stadtwerke Wilhelmshaven für lange Zeit auf 100 ha wertlosen Flächen auf dem Voslapper Groden sitzen bleibt und die ca. 8 Mio. Euro Kaufsumme, die das Land mit Freude eingesteckt hat, über Jahre abgestottert werden müssen?

Wer weiß schon, was in den Köpfen vorgeht. Gut ist jedoch, dass sich die Argumente gegen den geplanten JWP jetzt auch in den Köpfen der Hauptbefürworter festgesetzt haben. Ob der OB, Siegfried Neumann oder aber die gesamte SPD jetzt in die Bürgerinitiative "Bürger gegen den JadeWeserPort" eintreten werden, bleibt abzuwarten. Wenn die plötzlichen Erkenntnisse jedoch weiter mit einer derartigen Geschwindigkeit die SPD-Köpfe erobern, wird das vielleicht nicht mehr lange dauern. (jt)



Günstiges Baugeld

Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Die Katze ist aus dem Sack

Seit Monaten geistert die Sporthalle Süd (Weser- / Jadestr.) durch die Köpfe der Stadtplaner – liegt sie doch genau in deren Blickfeld von der Nordseepassage in Richtung Deichbrücke. Sie behindert die Realisierung des Kottekschen Traumens von der Sichtachse von der Innenstadt zum Meer. Immer wieder gab es leichte Andeutungen, dass es doch sehr schön wäre, wenn diese Sporthalle dort nicht stände. Einen "stadtplanerischen Fehltritt" nannte ein Mitglied des Bauausschusses die Lage der Sporthalle. Aber kann man Sporthallen einfach abreißen? Und dann gerade noch die Sporthalle in der Südstadt, die ja bekanntlich im Präventionsplan des Stadtteils eine so bedeutende Rolle spielt! Nun hat sich der aufstrebende SPD-Berufspolitiker (WZ vom 27.01.07) Norbert Schmidt ein Herz gefasst und es klar ausgesprochen: Man müsse, so Schmidt laut Wilhelmshavener Zeitung vom 25. Januar 2007, "mittelfristig auch über den Abriss der Sporthalle Süd nachdenken, die die Achse von der Passage bis ans Wasser versperrt." (hk)



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen, Hannes Klöpffer (verantw. Redakteur), Jessica Kramhöft, Anette Nowak, Thomas Sobel, Imke Zwoch;

Druck: Papudis; Auflage: 4500 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 01.02.2007

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben. Besonderer Dank geht diesmal wieder an Joachim Tjaden (jt).

Es stinkt zum Himmel!

Hamelner Institut stellt Problemlösung vor

(hk) So ganz langsam schaukelt sich seit dem letzten Sommer, als Wilhelmshavens Badegäste massiv mit der Wilhelmshavener Fäkalien-Einleitungspraxis konfrontiert wurden, das Thema der Direkteinleitungen am Banter Siel hoch. Die hilflose Abwehrschlacht von Stadt und Entsorgungsbetrieb schwemmten noch viele andere unangenehme Wahrheiten an die Oberfläche.

Dafür gesorgt, dass die Wahrheit nicht im Sumpf versickert, haben Wilhelmshavener BürgerInnen, die sich inzwischen unter dem Namen "Die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen" zu einer Bürgerinitiative zusammenschlossen haben. Wir zitieren aus dem Informationsblatt 001/07 der Bürgerinitiative:

"Fäkalieneinleitung seit 30 Jahren am Südstrand von Wilhelmshaven, direkt in die Vorzeigebadezone!"

Weil unsere Politiker über 30 Jahre schwiegen [seit dem Bau der Zentralkläranlage 1976] und sie in diesem Zeitraum keine langfristigen Gegenmaßnahmen ergriffen haben, haben wir uns für die Aufklärung entschlossen, um Licht ins Dunkel zu bringen, damit wir nicht wieder in 30 Jahren hier stehen und uns anhören müssen: "Das war schon immer so und ist gesetzlich vollkommen in Ordnung!"

[Zitate, Eberhard Menzel, Oberbürgermeister von Wilhelmshaven; Gesundheitsamt Wilhelmshaven; Dr. Jens Graul (Kultur u. Umweltdezernent Wilhelmshaven) Umweltministerium Niedersachsen].

Die Argumente der Verantwortlichen reichen nicht bis zum Thema Gesundheitsgefährdung, sondern enden in Defensivargumentationen: "Das wird ganz schön teuer!" [ca. 100 Millionen Euro] "Man kann das Problem nie ganz aus der Welt schaffen", und Jens Graul in einer offiziellen Aussage: "Diejenigen, die die Mischwassereinleitung [per Definition das Gemisch aus: ungeklärten Fäkalien, Haushaltsabwässern, Industrieabwässern, unter anderem auch dem St. Willehad Hospital, und Regenwasser] ohne Not wider besseres Wissen und vollkommen überzogen darstellen, leisten dem Gemeinwesen einen Bärendienst!" [Wilhelmshavener Zeitung, 28.11.2006]

...und wer 20 Jahre als Verantwortlicher Kultur- und Umweltdezernent im Rat der Stadt Wilhelmshaven sitzt, selbst nicht am Südstrand badet und keine Lösungen bietet, also quasi nichts tut, was tut der? Wir finden, dass sich das Eis, auf dem sich der Kultur- und Umweltdezernent Jens Graul bewegt, schon mit hauchdünn charakterisiert werden kann! (...)



Einleitungsstelle Banter Siel
GRUPPO1635_foto.hufenbach

"Der Sachverhalt war jedem bekannt, der es wissen wollte", war eine der zentralen Aussagen von Dr. Jens Graul in der Beantwortung einer kleinen Anfrage in der Ratssitzung vom 22. November 2006.

Besonders interessant ist auch die Tatsache, dass es wieder eine unabhängige Kommission "richten" soll, die im Mai, wenn die Saison in vollem Gange ist, ihre Ergebnisse vorlegen soll, obwohl die WEB [Wilhelmshavener Entsorgungsbetriebe] selbst Lösungsvorschläge in der "Schublade" haben. (...)

Das Verschweigen der wirklichen Zusammensetzung der Einleitungen in der Festbroschüre der WEB [30 Jahre Zentralkläranlage Wilhelmshaven] führt auch dazu, dass sich Touristen und Badegäste verprellt fühlen, heißt es da doch auf Seite 9: Zitat: "Bei starken Regenfällen wird das Regenwasser von den Hauptpumpwerken direkt in die Jade gepumpt."

Keine Rede von Mischwasser, ungeklärten Fäkalien und der Definition, also anscheinend alles in Ordnung?! (...)

Die politische Legitimation, "es sei doch alles gesetzlich geregelt und gesundheitlich unbedenklich", lassen wir uns als zahlende Bürger und Initiative nicht mehr länger bieten!"

Soweit die Schilderung des Sachverhalts aus der Sicht der Bürgerinitiative. Wilhelmshavens Politiker zogen sich auf zwei Aussagen zurück, mit denen sie ihr Nichtstun wollen begründeten: 1. Das geschieht alles im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und 2. Eine andere Lösung wäre zu teuer!

Der Bürgerinitiative wurde schnell klar, dass es nicht ausreicht, nur den Skandal zu schildern – also suchte man selbst nach Lösungen und wurde schließlich auch fündig.

In einer Einladung zur "Öffentlichen Präsentation des Wilhelmshaven Modells" an die Presse schreiben die Kaiserlichen KanalarbeiterInnen am 16. Januar 2007: "Die Stadtverwaltung WHV propagiert bisher als Problemlösung gegen die Fäkalieneinleitung am Südstrand entweder den Neubau eines Zwei-Kanal-Entsorgungssystems oder den Bau von Rückhaltebecken. Beides sind vollkommen überholte Techniken und mit einem Kostenaufwand von bis zu 100 Mill. Euro für Wilhelmshaven unbezahlbar.

Wir haben uns als Bürgerinitiative mit dem Status "So ist das nun mal in WHV" nicht abgefunden, intensiv recherchiert und nach alternativen Lösungen gesucht. Nur durch unsere Öffentlichkeitsarbeit sind Ingenieure aufmerksam geworden und haben das "Wilhelmshavener Modell" entwickelt."

Abwasserkonzept für Wilhelmshaven

Die Resonanz war groß und der Saal des Gorch-Fock-Hauses gut besetzt. Neben den vielen "normalen" BürgerInnen hatte sich auch eine recht erkleckliche Zahl von Ratsvertretern eingefunden (u.a. Hans Hartmann,



SPD; Werner Biehl, Grüne, 2. Bürgermeister und Vorsitzender des Umweltausschusses; Heinz Weerda, CDU; Bernhard Rech, CDU, Vorsitzender des Bauausschusses; Joachim Tjaden, BASU, Gerold Tholen, LAW.). Die auch eingeladenen OB Menzel und Stadtrat Jens Graul allerdings blieben der Veranstaltung genauso fern wie Wilhelmshavens Entsorgungschef Neugebauer.

Die Sprecherin der KanalarbeiterInnen Monika Giesche-Emmerich kam schnell auf den Zweck der Veranstaltung zu sprechen: Vorstellung des Wilhelmshaven Modells des Hamelner "Institute for global research". Deswegen Leiter, Dipl.Ing Hans. J. Dopheide präsen- tierte nicht besonders geschickt, aber dennoch verständlich, wie sein Institut das Wilhelmshavener Fäkalienproblem lösen könne.

Das Prinzip ist recht einfach: Der gesamte Bereich der Innenstadt (südlich der Friedenstraße) bekommt ein neues Abwasserkanalnetz. Dafür muss nun nicht die gesamte Stadt aufgebuddelt werden – die Abwasserrohre mit einem Durchmesser von 60 bis 100 Millimeter werden mittels eines gesteuerten Bohrverfahrens verlegt. Vor den Häusern müssen Pumpenschächte mit Schneidradpumpen gebaut werden. Alle Haushalte werden mit Küchenabfallzerkleinerern ausgerüstet, in die der gesamte organische Abfall des Haushalts verbraucht wird.

Die gesamten Abfälle des Haushalts werden dann mit Druck in Richtung Weiterverarbeitung befördert. Hier werden dann, nachdem die Störstoffe entfernt wurden, die Fest- von den Flüssigstoffen getrennt. Es entsteht nach weiterer Behandlung auf der einen Seite Dünger, und auf der anderen Seite sprudelt das Wasser als Betriebswasser mit Trinkwasserqualität heraus. Als Nebeneffekt kann dann mit einem Blockheizkraftwerk auch noch Wärme und Strom erzeugt werden

(Eine genauere Beschreibung des Verfahrens finden Sie auf unserer Internetseite).

Die Kosten für das Konzept bezifferte Dopheide mit 65 bis 70 Millionen Euro, die erste Baustufe, die das Problem schon immens verringern würde, schlägt mit 40 Millionen Euro zu Buche.

Vorteile des Abwasserkonzepts:

► Die Gesamtinvestitionskosten für das Schmutzwasserkanalnetz mit Pumpen- ►

schächten und Schneidradpumpen sowie Recyclingstation mit Stromgewinnung sind erheblich niedriger als für ein herkömmliches Fließkanalnetz mit der erforderlichen Klärwerksvergrößerung.

► Das Verlegen des Druckkanalnetzes erfolgt durch moderne Bohrtechnik und erfordert nur an den Anschlusspunkten geringfügige Schachtarbeiten.

► Das Druckentwässerungsnetz ist wartungsfrei, Kosten für die teuren Wartungsfahrzeuge und Personal entfallen bis auf geringe Kosten für die Kontrolle der Pumpenschächte.

► Die "Braune Tonne", die zum Einsammeln erforderliche Fahrzeugkapazität und die Kosten für das Verwerten bzw. Beseitigen von Bioabfall entfallen.

► Mit den Erlösen für Wasser, Strom und Dünger trägt die Recyclingstation zur Kostendeckung des Systems bei.

► Eine Vergrößerung des vorhandenen Klärwerks und/oder eine zusätzliche Wasserrückhaltemaßnahme entfallen.

► Der Restmüll ist weitestgehend frei von Organik und bietet deshalb ganz neue Möglichkeiten des Recyclings.

► Die anaerobe Wasserrecyclinganlage in der Abwasserrecyclingstation ist eine Biogasanlage; sie lässt sich mit geringen Mehrkosten dahingehend erweitern, dass sie den gesamten privaten und städtischen Grünschnitt zu Strom und Dünger verarbeitet und daher zusätzlich zur Wirtschaftlichkeit des Systems beiträgt. Die Kosten für Einsammeln und Verwerten bzw. Beseitigen des Grünschnitts entfallen.

► Die Tatsache, dass die "Fäkalienproblematik" der Stadt endgültig und nachhaltig beseitigt wurde, wird sich positiv auf den Tourismus auswirken



und neuen Auftrieb geben. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass aus der ganzen Welt Interessenten nach Wilhelmshaven kommen werden, um das "Wilhelmshavener Modell für Abwasser- und Abfallrecycling" zu besichtigen. (aus "Abwasserkonzept für WHV-Südstadt", GloRe e.V.)

Das Konzept überzeugte zwar nicht auf Anhieb alle Anwesenden – es war aber klar, dass die Stadtverwaltung an diesem Konzept nicht einfach vorbeikommt.

Sowohl der Bauausschussvorsitzende Bernhard Rech wie auch der Umweltausschussvorsitzende Werner Biehl wollen dafür sorgen, dass die Ideen des Herrn Dopheide Eingang in die städtischen Gremien finden.

Die oben genannten Äußerungen der Herren Menzel und Graul gehören nach dieser Veranstaltung wohl endgültig der Vergangenheit an.

Jetzt gilt es für Wilhelmshavens Kommunalpolitiker Nägel mit Köpfen zu machen. □

Wind von vorn

Wieder einmal hat der Oberbürgermeister sich bei Arbeitslosen unbeliebt gemacht

(noa) Alle Jahre wieder ist die Januar-Versammlung ein Highlight im Veranstaltungsreigen der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, denn da kommt Oberbürgermeister Eberhard Menzel. Letztes Jahr musste er sich vertreten lassen, weil er außerhalb war, und im Jahr davor kam er eine Stunde zu spät.

Zur ALI-Versammlung am 9. Januar kam er nur 3 Minuten zu spät. Diese Zeit holte er aber wieder rein, indem er seinen Vortrag so zügig hielt, dass es zeitweise schwierig war, genau nachzuvollziehen, was er sagte.

Wilhelmshavens wirtschaftliche Zukunft

Leistungen an Arme, so unser OB, sind nur finanzierbar, wenn die Stadt Einnahmen hat. Von den 40 Mio. Euro, die 2006/2007 unverhofft ins Stadtsäckel fließen, bleiben leider nur 12 Mio. Euro; alles andere fließt in die Gewerbesteuerumlage und den Finanzausgleich. Und: Die Stadt Wilhelmshaven hat kein Ausgabe-, sondern ein Einnahmeproblem. Deshalb seien die geplanten Investitionen (rasche Aufzählung von JadeWeserPort, Kraftwerk, Cracker u.a.m.) mit einem Gesamtvolumen von "roundabout" 6,8 Mrd. Euro notwendig, denn: "Ohne diese Projekte hat Wilhelmshaven keine wirtschaftliche Zukunft", betonte Menzel, "und dann wird auf einmal die Rohrdommel gefunden."(!)

Einfaches Wohnen

"Roundabout" (offenbar sein Lieblingswort, 17 mal benutzte er es) 24 Mio. Euro, erklärte Menzel, habe die Stadt Wilhelmshaven im Jahr 2006 für die KdU (Kosten der Unterkunft) an Hartz IV-Betroffene auszahlen müssen und habe nur 29,1 % davon vom Bund zurückbekommen.

Bei dieser "Reform", so findet Menzel, hat der Bund vieles falsch eingeschätzt. "Draußen war Nebel, und drinnen waren alle benebelt", als Hartz IV beschlossen wurde, und die Angemessenheit der KdU sei eine Streitfrage. Keine Differenzen gebe es bei der Frage der angemessenen Wohnungsgröße, doch in der Frage des Standards bestünden kontroverse Ansichten. Alg II-Empfänger müssten in einfachen Wohnverhältnissen leben, und von solch einfachen Wohnungen stünden in Wilhelmshaven 3.000 – 4.000 leer. Den Einwurf aus dem Publikum, dass zahlreiche dieser "einfachen" Wohnungen nach jahrelangem Leerstehen mittlerweile unbewohnbar sind, ignorierte Menzel. Oder war vielleicht die Ankündigung, dass künftig bei Widersprüchen im Zusammenhang mit der Angemessenheit der Wohnung spezifische Untersuchungen stattfinden sollen und dafür mehr Personal bereitgestellt wird, die Antwort darauf?

Die Methode der Stadt Wilhelmshaven, mittels derer sie ihre Mietobergrenzen für Alg II-EmpfängerInnen errechnet und begründet – laufende Auswertung von Anzeigen in der Presse – werde oft angezweifelt, sei aber gut und richtig. Die oft zitierte rechte Spalte der Wohngeldtabelle enthalte für Wilhelmshavener Verhältnisse zu hohe Werte, und einen Mietspiegel werde man hier nicht erstellen, weil dieser dazu führen würde, dass dann die Mieten steigen.

Und überhaupt: Das jüngst ergangene

Urteil des Bundessozialgerichts, das immer noch nicht schriftlich vorliegt (vgl. GW 223, "Hartz IV und Recht"), gäbe, so wie Menzel die Presseberichte darüber verstehe, der ALI nicht Recht.

Eltern machen Kinder arm

Und unmittelbar ging es weiter zum nächsten Thema. "Kinderarmut", so Menzel, "ist ein relativer Begriff", und: "Nicht immer bedeutet Kinderarmut, dass es an den Finanzen liegt." Erst am Vortrag habe er mit Mitarbeitern des Allgemeinen Sozialdienstes zusammengesessen und von diesen erfahren, dass es in Wilhelmshaven auch Alg II-Empfänger gäbe, deren Kindern es an nichts mangele, weil die Eltern es sich vom Munde absparen. Und so sei Kinderarmut, fand Menzel, eher ein Problem, das die Eltern machen. Wenn man dann noch bedenke, dass es sich im Internet-Chat-Zeitalter rumspreche, wie günstig man in Wilhelmshaven leben kann, und dass infolgedessen 22 Neubürger 12 Kinder mitgebracht hätten, die nun mangels angemessener Erziehungsfähigkeit der Eltern Unterbringungskosten in Höhe von jährlich 1,2 Mio. Euro verursachen, dann stelle sich die Frage, "ob Beträge, die wir für Kinder ausgeben, bei diesen ankommen" – offenbar hatte Menzel dabei den LAW-Antrag auf Zahlung eines Weihnachtsgeldes von je 50 Euro an von Armut betroffene Kinder (in der Ratssitzung am 13. Dezember abgeschmettert) im Sinn.

Wie bitte?

Als Menzel sich wieder hinsetzte, mussten alle erst einmal nach Luft schnappen. Dann gab es Nachfragen: Wie war das mit dem Mietspiegel? Die Erstellung eines solchen würde die Mieten insgesamt erhöhen? Die Alg II-Empfänger in Wilhelmshaven sollten sich also mit KdU unter den Werten der Wohngeldtabelle zufrieden geben, weil sonst für alle die Mieten steigen würden? - Ja, sagte Menzel, das habe sogar mal eine Vertreterin des Mieterbundes gesagt. Keine Antwort gab er auf die Gegenrede eines Versammlungsteilnehmers, der sagte, dass diese Einschätzung vom Mieterbund selber kurz danach wieder zurückgenommen wurde, weil sie sich als unzutreffend erwiesen hatte.

Das BSG-Urteil gäbe der ALI nicht Recht, wohl aber dem Job-Center? Und was sei mit den Urteilen des Landessozialgerichtes wie auch des Sozialgerichts Oldenburg, die u.a. im GEGENWIND (Ausgabe 222) nachzulesen seien? Und wie könnten Beschäftigte des Job-Centers gegenüber Antragstellern, die sich auf diese Urteile beziehen, behaupten, davon nichts zu wissen? – Der GEGENWIND gehöre nicht zur Pflichtlektüre der städtischen Beschäftigten, sagte Menzel. (Zwischenruf an dieser Stelle: "Sollte er aber sein!") Und eine eigene Stellungnahme zu den Urteilen, mit denen das Gericht dem Job-Center auferlegt hat, KdU in Höhe der in

Die "Kaiserlichen KanalarbeiterInnen" suchen noch jede Menge engagierte Mitstreiter, die sich so nicht bevormunden lassen möchten!

Kontakt: Frau Giesche-Emmerich,
Südstrand 52 | 26382 Wilhelmshaven;
Tel.: 04421 - 50 80 04
Email: info@immobilien-kanzlei.com

der Wohngeldtabelle genannten Werte zu erstatten, gab er gar nicht ab.

Trage er mit seinen Bemerkungen zur Kinderarmut nicht den Krieg ins feindliche Lager? Wollte er wirklich sagen, dass Kinder in Alg II-Bedarfsgemeinschaften deswegen arm seien, weil ihre Eltern egoistisch seien und zuviel Geld für sich behielten? – Nein, so habe er es nicht gemeint, antwortete Menzel. – Gesagt bzw. angedeutet habe er es aber, wurde gekontert. Und eine Teilnehmerin rechnete ihm vor, was das "Vom-Munde-Ab-sparen" heißt: Wer von 622 Euro (für zwei Erwachsene) etwa die Schulbücher abzweigen muss, kann selber am gesellschaftlichen Leben nicht mehr teilnehmen, ist ausgegrenzt. "Darüber sollte man nachdenken, bevor man so etwas sagt", schloss sie ihren Beitrag. Menzels Entgegnung. "Damit habe ich nicht alle Eltern gemeint."

Wind von vorn

Ein Versammlungsteilnehmer hat als Maler und Lackierer "einfache" Wohnungen gesehen, bei denen Fenster und Türen so schlecht schließen, dass hohe Energiekosten für das Heizen unausweichlich seien. Wollte Menzel, dass Alg II-Bedarfsgemeinschaften dort wohnen?

Und zur Lage auf dem Arbeitsmarkt: Er finde keine Arbeit, denn wo er sich bewerbe, sage man ihm, dass man mit den Praktikanten, die aus Maßnahmen des Job-Centers

heraus gratis in Betrieben arbeiten, gut klar komme. Dies konnte ein anderer Diskutant bestätigen: Innerhalb einer 9-monatigen Maßnahme hat er 6 Monate lang bei Grove gearbeitet. Dort konnte man seine bei Olympia erworbenen beruflichen Erfahrungen und Fähigkeiten – gratis – gut nutzen. Seine Frau, ebenfalls Hartz IV-Betroffene, hat eine Arbeitsgelegenheit (= 1-Euro-Job) und hat da noch nie ihr Geld bekommen – das Job-Center, das darüber informiert ist, unternimmt nichts.

Ernst Taux brachte das Thema KdU auf den Punkt: Man dürfe nicht übersehen, dass es hier wie in vielen anderen Fragen um zwei entgegengesetzte Interessenlagen geht: Die Betroffenen wollen anständig wohnen, die Stadt will, dass sie einfach wohnen, damit sie ihnen wenig zahlen muss. "Eine Wohnung, die jemandem von hier zugemutet wird, müssen Sie, Herr Menzel, bewohnen wollen!" Und: "Ein Kind unter 14 Jahren mit 207 Euro monatlich ernähren, kleiden, zur Schule schicken, das erfordert Fähigkeiten, die die Spitzenmanager missen lassen."

Schließlich erzählte Ernst noch einen Witz, den er am Vortag in einer Fernsehsendung über die untergegangenen kommunistischen Staaten gehört hatte, in einer Abwandlung für unsere heutigen Verhältnisse: "Eine schlechte und eine gute Nachricht. Die schlechte: Hartz IV-Empfänger haben die Aussicht, in den nächsten sieben Jahren nur

von Scheiße zu leben. Die gute: Davon haben wir genug."

Solidarität statt Ausgrenzung

Günther Kraemmer, ehemaliger ALI-Vorsitzender, zeigte auf, wo ein möglicher Lösungsweg für die Stadt liegt: "Es ist unerträglich. Erst nimmt man den Leuten die Arbeit, dann die Altersvorsorge und schließlich ihre Wohnung. Wenn den Kommunen das Geld nicht reicht, dann dürfen sie den Druck nicht nach unten weitergeben, sondern müssen sich mit anderen Kommunen zusammenschließen und es vom Gesetzgeber einfordern."

In ein ähnliches Horn blies ein anderer Versammlungsteilnehmer: "Es ist nicht auszuhalten, dass jemand, der jahrelang gearbeitet hat und die Arbeit verloren hat, nach einem Jahr in der Stadt die Hundescheiße sortieren muss. Mit diesen Leuten haben die Kommunen sich zu solidarisieren, statt sie als Schmarotzer zu bezeichnen."

Diese Beiträge scheint Menzel nicht gehört zu haben. Auf die Aufforderung eines Anwesenden, er solle die Probleme anders anfassen, fragte er: "Wie?"

"Es war gut, dass ich hier war", sagte Menzel zum Abschied. Jetzt hat er ein Jahr Zeit, sich von dieser geballten Ladung Wind von vorn zu erholen und sich für die nächste Januar-Versammlung zu wappnen. □

Boomtown ade

Zerplatzen Wilhelmshavens Milliardenträume?

(hk/jt) Was waren das für Schlagzeilen im letzten Jahr! Wilhelmshaven entwickelte sich plötzlich zur Boomtown. Die Firmen priesen ihre Milliardeninvestitionen täglich neu an. Die Umweltschützer wussten schon gar nicht mehr, mit welchem Projekt sie sich auseinandersetzen sollen, um die schlimmsten Umweltprobleme in den Griff zu bekommen.

Hoch flogen die Erwartungen Wilhelmshavens – die Zahl der bald geschaffenen Arbeitsplätze war schon kaum noch zu beziffern. Eine Gesellschaft zur Handhabung des Ansturms der Arbeitermassen wurde gegründet.

Doch dann ganz plötzlich:

ConocoPhillips zieht seine 2 Milliarden schweren Investitionspläne zurück – legt sie, so die allgemeine Hoffnung in Wilhelmshaven, erst einmal auf Eis.

Dann der nächste Knock-out: Von einem Tag auf den anderen zieht ICI-Ineos alle Planungen für Wilhelmshaven zurück. Die nächsten Milliarden gehen den Bach runter. Einen üblen Beigeschmack hat die Entscheidung der INEOS: Wenn keine neue Chlorgas-Anlage auf dem Voslapper Groden gebaut wird, muss die Anlage in Rüstertiel in Betrieb bleiben. Damit würde auch die Chlorgasleitung zwischen den beiden Betrieben weiter betrieben werden. Nicht gerade ein Pluspunkt für den geplanten JadeWeserPort!

Was bleibt von den Milliardenträumen?

Da wäre zum einen die Deutsche Flüssigerdgas Terminal Gesellschaft dtg. Die Planung für die Anlandung von verflüssigtem Erdgas hat inzwischen wohl schon ihr Silberjubiläum feiern können. Alle Jubeljahre wie-

der tauchen die Planungen aus der Versenkung auf – die Teilhaber schauen sich um im Land, stellen fest, dass es immer noch zu teuer ist, Erdgas auf –162 Grad abzukühlen und auf Schiffe zu pumpen, um es dann einige tausend Seemeilen entfernt wieder in den gasförmigen Zustand zu versetzen und zum Verbraucher zu befördern. Gibt es inzwischen höhere Fördergelder vom Bund? Wenn nicht, dann taucht man eben wieder für einige Jahre ab. Das ist auch keine sichere Bank für die industrielle Entwicklung Wilhelmshavens.

Doch die Kraftwerke – da passiert bestimmt etwas.

Der letzte Hoffnungsschimmer ist die mögliche Ansiedlung eines Kraftwerks des belgischen Stromkonzerns Electrabel. Die Entscheidung wurde vom Konzern für Anfang 2007 angekündigt. Ob die e-on ihr Kraftwerk Wilhelmshaven noch erweitern wird, steht ebenfalls in den Sternen – feste Zusagen gibt es auch hier noch nicht.

Was bleibt, ist der JadeWeserPort – doch auch da kommt man nicht so richtig weiter.

Nachdem die ersten Ankündigungen, der JadeWeserPort würde im Jahr 2006 in Betrieb gehen, verklungen waren, kamen immer wiederkehrende Ankündigungen, dass der nötige Planfeststellungsbeschluss in den nächsten Monaten kommen wird. Zuerst war

es das Jahresende 2004 (kein Druckfehler), dann das Frühjahr 2005, der Sommer 2005, der Herbst 2005, der Spätherbst 2005. Diese Meldungen wurden seitdem in gleicher Reihenfolge wiederholt, nur das Jahr wurde angepasst.

Das hat sich jetzt grundlegend geändert. Das Land Niedersachsen, die JWP-Realisierungsgesellschaft, die Wasser- und Schifffahrtsdirektion und der OB haben sich jetzt darauf verständigt, jegliche Zeitangaben für den möglichen Baubeginn des JWP wegzulassen, was die Ankündigung des Stadtkämmerers, die Stadt wolle im Jahr 2007 ca. 800.000 Euro in Infrastrukturmaßnahmen im Umfeld des JWP stecken, nicht gerade einleuchtender macht.

Wie schrieben die VDI-Nachrichten unter der Überschrift "Schlicktown zu Boomtown" im Frühjahr des letzten Jahres über den ach so erfolgreichen Wilhelmshavener Wirtschaftsförderer:

Doch wenn Wirtschaftsförderer Wolfgang Frank über den Deich am Voslapper Groden schaut, dann sieht er zwischen den tanzen den Schneeflocken auch einen breiten Silberstreif über dem 315 ha großen Brachland. Schon in drei Jahren sollen sich hier Container aus aller Welt türmen: Denn hier entsteht der JadeWeserPort, Deutschlands einziger Tiefwasserhafen. Nur wenige Kilometer entfernt lassen sich schon die Silhouetten einer Raffinerie erkennen und eines neuen Flüssiggas-Terminals sowie die Anlagen einer neuen Chemiefabrik zur Herstellung von Chlor- und Vinylchlorid-Produkten.

"Das ist aber nur ein Teil dessen, was hier passieren wird", sagt der Wirtschaftsförderer mit sichtlichem Enthusiasmus, "am Ende wird ein Drittel des gesamten Stadtgebietes mit neuen Firmen und neuen Arbeitsplätzen bebaut sein." Und alles nur wegen des neuen Tiefwasserhafens. □

Jade-Allee

Von der City ans Wasser – von der Passage zum Banter Siel

(hk) Dass Wilhelmshaven schrumpft, ist allgemein bekannt – dass Wilhelmshavens Politiker und Verwaltungschefs dabei sind, dieser Entwicklung entgegenzutreten, ist dagegen noch nicht so öffentlich geworden. Aber es ist so. Eine der Kampagnen, die Wilhelmshaven vor noch größerer Bedeutungslosigkeit bewahren soll, ist die Jade-Allee.

Die Jade-Allee soll den südlichen Ausgang der Nordseepassage mit dem Jadebusen verbinden. Dass an dieser Stelle rein zufällig gerade die Fäkalien der Stadt durch das Banter Siel in den Nationalpark Wattenmeer gelangen, ist dabei nur ein Schönheitsfehler, der eigentlich nicht so bekannt werden sollte.

Die Leute des Bremer Planungsbüros plan-werkStadt und der Oldenburger Stadtentwicklungsgesellschaft re.urban stellten auf der Bauausschusssitzung Anfang Januar ihre vorbereitende Untersuchung zur Jadestraße / Wiesbadenbrücke / Innenhafen vor.



Columbia-Hotel

Dabei geht es um die Überplanung des Gebietes vom Valoisplatz über die Deichbrücke, vorbei an Pumpwerk und Wiesbadenbrücke, auf der linken Seite das Gelände des neuen Columbia-Hotels, rechts die ehemalige Prince-Rupert-School (heute Erwartungsgelände für den Biotechnologiepark), vorbei an der Banter Ruine über den Groendamm, durch das Gelände des Freizeit- und Gartenvereins Banter See hin zum Banter Seedeich und zum bereits erwähnten Banter Siel.

Hier soll nach dem Willen unserer Stadtplaner die Jade-Allee entstehen – eine Prachtstraße die die Wilhelmshavener City mit dem Meer verbindet. Und damit soll dann eben die Abwanderung gestoppt und die Zuwanderung gefördert werden. Das jedenfalls geht aus dem oben erwähnten Gutachten hervor (Seite 28 und Anhang).

Für die Untersuchung liegen mehrere Anlässe vor:

- Für eine Reihe von Grundstücken im Untersuchungsgebiet bestehen Bau- und sonstige Nutzungsabsichten, die für eine geordnete städtebauliche Entwicklung einer Einordnung in ein Gesamtkonzept bedürfen.
- Die ehemals militärisch genutzten Flächen sind verfügbar geworden bzw. werden es in absehbarer Zeit sein, die ohne eine unterstützende Maßnahme nur schwer einer qualifizierten Neunutzung zugeführt werden können.
- Mit diesem Entwicklungsbereich wird das stadtentwicklungsplanerische Ziel verfolgt, Innenstadt und Innenhafen an ihrer engsten Nahtstelle räumlich, funktional und stadtgestalterisch zusammenzuführen.
- Es besteht ein städtisches Interesse daran, die mit dem Bau des JadeWeserPorts zu erwartende Nachfrage nach Bauflächen auf die Binnenentwicklung der Stadt zu lenken und dafür ein qualifiziertes Stadtquartier in besonderer Lage anzubieten.
- Mit dem Bau des JadeWeserPorts gehen wassernahe Freizeittflächen verloren, die auf den Flächen des Untersuchungsgebietes zumindest teilweise ersetzt werden können.

► Mit neuen Stadtquartieren am Wasser soll das spezifische Image Wilhelmshavens gestärkt werden.

Quelle: Vorbereitende Untersuchungen Jadestraße / Wiesbadenbrücke / Innenhafen, September 2006

Eine solche Planung ist nötig, denn die Gegend dort sieht ja wirklich schlimm aus. Doch wie sieht nun die Planung konkret aus?

Abriss der Sporthalle Süd

Auf der Seite 22 wird die Sporthalle Süd als "Fehlnutzung" bezeichnet. Ein Abriss, wie ihn der SPD-Politiker Norbert Schmidt fordert, würde eine Fehlentwicklung für die Bevölkerung der Südstadt bedeuten – es sei denn, man sorgt für einen adäquaten Ersatzbau.

Ersatz für Campingplatz

Auch das ist wieder typisch Wilhelmshaven: Da wird im Stadtnorden das Freizeit- und Campinggebiet Geniusbank geschliffen. Um dafür jetzt einen Ersatz zu bieten, will

man die Freizeigärten (lt. Untersuchung auch eine Fehlnutzung) zwischen Banter See und Banter Seedeich platt machen, um hier dann z.B. einen Campingplatz zu errichten. Das sind Geschichten aus dem Tollhaus!

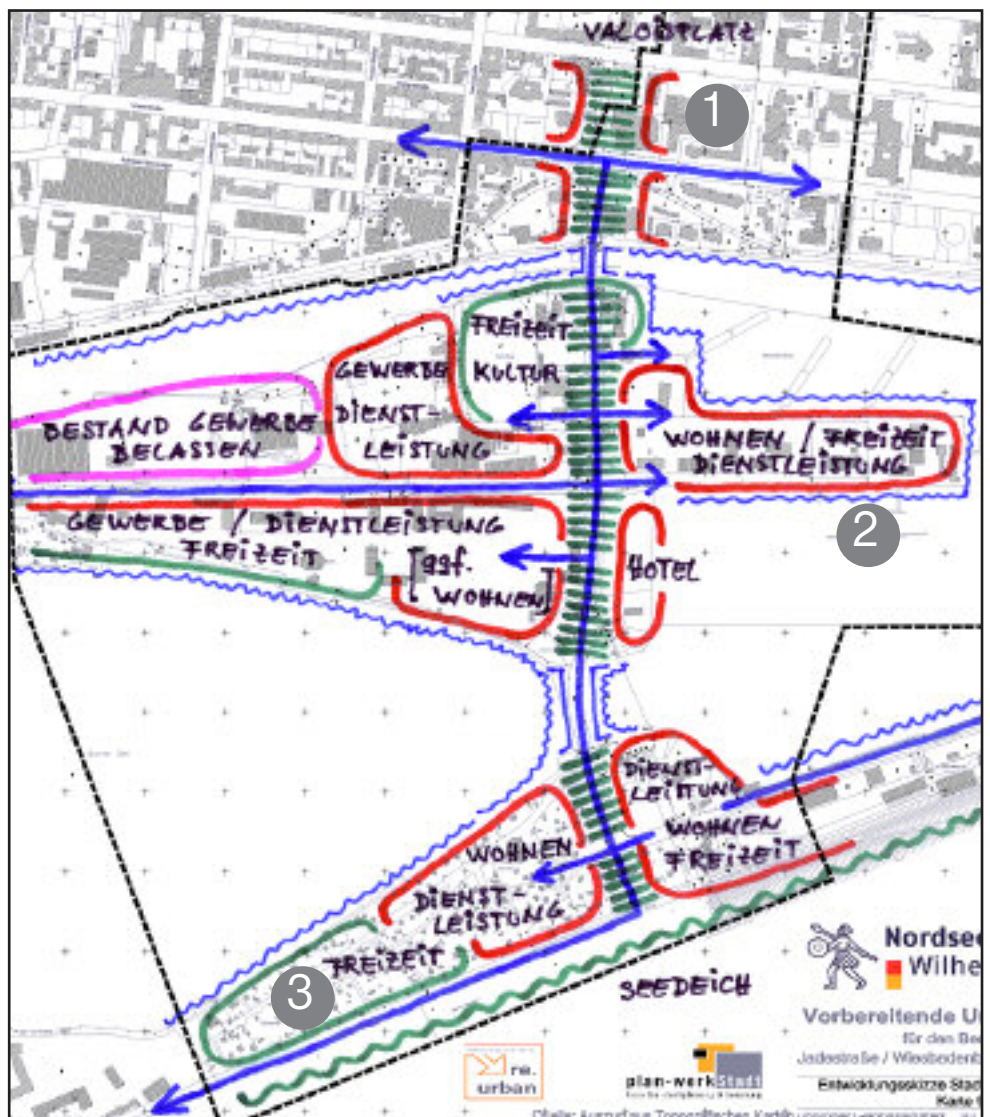
Kein Umzug JadeStahl

Der Bauausschussvorsitzende Bernhard Rech machte von vorneherein klar, dass "keine wirtschaftliche Aktivität unter den Planungen leiden darf". Doch welchen Wert hat eine in erster Linie auf Freizeit, Erholung und Wohnen ausgerichtete Planung, wenn wenige Meter davon entfernt mit lautem Getöse der Schrott der halben Welt verarbeitet wird? Zum Lärm kommen noch die Staubentwicklung und die Geruchsbelastung durch das Verbrennen von Isoliermaterial.

Ebenfalls problematisch ist der Verbleib der Firma RCL (Aufbereitung von Spermüll und Plastikmüll). Von dieser Firma weht oftmals ein übler Verwesungsgeruch über den beplanten Bereich durch die Verwesung organischen Materials, das den dort verarbeiteten Wertstoffen anhaftet.

Altlasten

Der Skandal um die Altlasten auf dem Gelände des geplanten Columbia-Hotels ist uns allen noch geläufig. Die Untersuchung geht davon aus, dass praktisch im gesamten Bereich mit Altlasten zu rechnen ist: Da das gesamte Gebiet zwischen Hafenenstehung



Erläuterungen Planungsskizze Jade-Allee: 1) Sporthalle Süd, 2) Wiesbadenbrücke, 3) Freizeit- und Gartenverein Banter See

um 1900 und Abzug der Bundeswehr ca. 2003 militärisch-industriell genutzt wurde, ist flächendeckend mit Altlasten zu rechnen.

Es gibt Hinweise, wonach große Mengen an Treibstoff im Boden versickert sein müssen – sei es durch Zerstörung des "Bunkers 16", durch Schäden an der sog. "Schweröl-Ringleitung" oder durch Ablassen von Treibstoff aus sonst bei Fliegerangriffen explosionsgefährdeten Kesselwagen. Derartige Vorfälle führen fast immer zu großflächigen Verschmutzungen. Insofern kommen auch beauftragte Altlasten-Gutachter zu dem Schluss, dass sich eine lokale Eingrenzung möglicher Verdachtsflächen erübrigt und von einem Generalverdacht auszugehen ist.

Ähnliches gilt für Blindgänger, wobei diese allerdings leichter zu lokalisieren und zu bergen sind. Ein Verdacht wird im konkreten Planungsfall durch Luftbildauswertung präzisiert. (Untersuchung Seite 25)

Für die Stadtplaner stellen diese Altlasten erst einmal kein Problem dar: Das müssen die jetzigen Grundstückseigentümer (zumeist der Bund) in den Griff bekommen,

Stadtverwaltung ... bitte melden!

Hat OB Menzel eine Kontaktsperre gegen das Ingenieurbüro Tober verhängt?

(hk) Seit Monaten versucht Rüdiger Tober, seine Pläne für die Bebauung der Wiesbadenbrücke (siehe GW 223) mit der Stadtverwaltung abzustimmen. Doch er bekommt immer nur die Auskunft: "Ich darf Sie nicht weiterverbinden".

Was ist da los? Dem Gegenwind wurden Aktenvermerke und Briefe des Toberschen Ingenieurbüros ICP (Investment Consult Project Development) zugespielt, die vermuten lassen, dass unser Oberbürgermeister nicht möchte, dass die im ICP-Planungsbüro erarbeiteten Planungen Eingang in die heiligen Hallen der Stadtverwaltung finden. Dabei haben diese Planungen genau die Kragenweite der auf der letzten Sitzung des städtischen Ausschusses für Planen und Bauen (Bauausschuss) vorgestellten Untersuchung des Bremer Planungsbüros plan-werkStadt und der Oldenburger Stadterneuerungsgesellschaft re.urban zur Jade-Allee (siehe Seite 6)

Aus den Aktenvermerken:

23.10.2006: Frau A. (Sekretärin von Stadtbaurat Kottek) teilte Herrn Tober mit, dass sie mit Herrn Tober nicht sprechen darf, weil der Oberbürgermeister Menzel eine Dienstanweisung gegeben hat, die jeden Kontakt mit Herrn Tober untersagt.

Frau A. wird jedoch Herrn Kottek die Information bezüglich des gewünschten Rückrufes weitergeben, jedoch wird dies keinen Erfolg haben, da Herr Kottek sich ja auch an diese Dienstanweisung halten muss.

14.11.2006: ... um Weiterleitung zu Herrn Witt gebeten. Frau B. (Sekretärin des Leiters des Stadtplanungsamtes Witt) erklärte, dass Herr Witt zur Zeit und auch in den nächsten Tagen nicht erreichbar ist.

14.11.2006: Frau C. (Sekretärin von Stadtbaurat Kottek) bestätigte, dass Herr Kottek in seinem Büro ist und schaltete dann weiter. Es meldete sich jedoch niemand, sondern der Telefonhörer wurde sofort aufgelegt. Bei einem erneuten Versuch erklärte Frau C., dass Herr Kottek ihr mitgeteilt hat, wenn Herr Tober anruft, dann darf sie das Gespräch nicht durchstellen.

meinte Stadtbaurat Kottek.

Einen typisch nach Wilhelmshaven schmeckenden Bonbon gab es noch gratis dazu.

Alles schon beantragt

Wie das in Deutschland mit der Demokratie läuft, ist vielen bekannt: Das Volk wählt sich seine Vertreter, die die Politik bestimmen. Und diese Politik muss dann von der Exekutive (also der Regierung, der Verwaltung...) umgesetzt werden. Damit dabei aber nichts schief läuft, hat man in Wilhelmshaven den Weg etwas verändert. Die Verwaltung hat die Planungen nämlich schon längst beschlossen und die entsprechenden Fördermittel beim Land und beim europäischen EFRE-Förderprogramm angemeldet. Der Stadtrat (der die Gesetze macht) darf dann noch über die Farbe des Gehwegpflasters beschließen – und natürlich die Beschlüsse der Verwaltung absegnen. □

16.01.2007: Am 16.01.2007 um 8:55 Uhr erreichte Herr Tober telefonisch Herrn Witt, Leiter des Bauplanungsamtes, über dessen Mobilfunknummer XXXX. Herr Witt erklärte, dass er aufgrund der immer noch bestehenden Dienstanweisung des Oberbürgermeisters dieses Gespräch sofort beenden muss.

Am **16.01.2007** sprach Herr Tober um 9:33 mit Frau A., Sekretärin von Herrn Stadtbaurat Kottek (Rufnummer 16-xxx) und bat um Weiterleitung des Gespräches zu Herrn Kottek. Frau A. weigerte sich mit dem Hinweis: "Die Dienstanweisung des Oberbürgermeisters besteht noch."

Zwischenzeitlich wurden die Leute vom Ingenieurbüro Tober ein wenig unruhig und Rüdiger Tober schrieb am 22. Januar 2007 an den Leiter des Rechtsamtes der Stadt Wilhelmshaven den folgenden Brief:

Betrifft: Kontaktsperre Stadtverwaltung ./ Tober aufgrund einer Dienstanweisung des Oberbürgermeisters Menzel

Sehr geehrter Herr Minssen, an der Ausübung unserer beruflichen Tätigkeit, hier insbesondere die des Unterzeichners, werden wir durch eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters sehr stark beeinträchtigt, weil diese uns jeglichen Kontakt u.a. mit dem Baudezernat (Herrn Baudezernenten Kottek) und dem Bauplanungsamt (Herrn Stadtbaurat Witt) untersagt.

Wir verweisen hierzu auf die Anlagen 1 – 4 und auf unser Schreiben vom 17.01.2007 mit den zugehörigen Anlagen.

Betrachten Sie bitte dieses Schreiben als eine offizielle Anfrage mit dem Hinweis und der Bitte um Beachtung Ihrer Auskunftspflicht gegenüber einem Bürger der Stadt in der Angelegenheit eines verwaltungsrecht-

lichen Problems. Zumal sich dieser Bürger keiner Schuld bewusst ist und in keiner Weise der Stadtverwaltung oder irgendeiner Person, die im Dienst der Kommune steht, Schaden zugefügt hat.

Wir bitten um Klärung des Sachverhaltes und um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welchen Grund hatte der Oberbürgermeister für die Dienstanweisung ?

2. Auf welchen Paragraphen beruht die Dienstanweisung bzw. auf welche Stadt Richtlinien oder welche Stadtverordnung stützt sich diese ?

3. Welche Schuld wird dem Unterzeichner vorgeworfen ?

4. Trägt die Stadtverwaltung diese Anordnung mit ?

Wir bitten um Beantwortung unserer Fragen innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Erhalt dieses Schreibens.

Sollte diese Frist nicht eingehalten werden oder auch der Inhalt der Auskunft für uns nicht befriedigend ausfallen, werden wir die Partei unseres Vertrauens auffordern, die Problematik innerhalb einer öffentlichen Ratssitzung durch Befragen des Oberbürgermeisters zu klären.

Ähnlich gelagerte Willkürakte des Oberbürgermeisters gegenüber dem Unterzeichner in den vergangenen 5 Jahren lassen die berechnete Vermutung aufkommen, dass der Oberbürgermeister nicht aus sachlichen, sondern aus emotionalen persönlichen Gründen handelt und argumentiert.

Deshalb muss endgültig einmal die Frage beantwortet werden, was der Unterzeichner dem Oberbürgermeister "Böses" angetan hat. (...)

Wir fühlen uns durch die Dienstanweisung des Oberbürgermeisters diskriminiert, beleidigt und gedemütigt. Das Verhalten des Oberbürgermeisters betrachten wir als einen Willkürakt gegenüber einer einzelnen Person, wobei der Oberbürgermeister die demokratischen Grenzen weit überschritten hat.

Seine Handlungen entbehren jeder rechtlichen Grundlage. Der Oberbürgermeister missbraucht unseres Erachtens hier sein Amt als alleiniges Stadtoberhaupt und gefährdet damit Arbeitsplätze.

Mit freundlichen Grüßen

Dipl.-Ing. Rüdiger Tober, Geschäftsführender Gesellschafter ICP GmbH

Wir stehen nicht hinter den Planungen, die die ICP für die Bebauung der Wiesbadenbrücke vorgelegt hat. Diese Mischung aus Schickeria, teuren Eigentumswohnungen und innovativem Begegnungszentrum ist für uns nicht so ganz schlüssig – aber wir sind schließlich auch der Gegenwind. Den Verantwortlichen der Stadt allerdings müsste bei der Toberschen Planung das Herz aufgehen – da wird ihnen ein Bebauungs- und Nutzungskonzept für die Wiesbadenbrücke vorgelegt, das im Grunde von vorne bis hinten der Denkweise der Stadtplaner entspricht. Und das alles inklusive Finanzierung!!

Und dann steht da unser Oberbürgermeister Menzel und verhindert jeglichen Kontakt zwischen den Planern und den dazugehörigen städtischen Verwaltungsabteilungen. Passieren solche Sachen eigentlich auch in anderen Städten? □

Sonnenwende

Wilhelmshaven steigt ein bei SolarLokal

(iz/hk) Alle reden vom Klimawandel, doch kaum jemand ist bereit, seinen Energie fressenden Lebensstil zu ändern. Regenerative Strom- und Wärmequellen spielen noch keine maßgebliche Rolle. Einzig die Windenergie ist auf dem Vormarsch, geballt belastet sie jedoch das Landschaftsbild und insbesondere die Vogelwelt. Solarzellen und -kollektoren wären auch in unseren Breiten eine optisch wie ökologisch vertretbare Alternative, die bislang eher stiefmütterlich behandelt wurde. Das soll sich jetzt ändern.



Im Dezember 2006 berichteten wir über die Antwort zu einer Anfrage der SPD im Rat zur Nutzung von Solarenergie auf Wilhelmshavener Dächern. Demnach wurde bisher manches geprüft und wieder verworfen. Einzig auf dem Dach des Reinhard-Nieter-Krankenhaus produzieren Solarkollektoren fleißig Strom. Umweltdozent Jens Graul deutete jedoch an, dass man sich gemeinsam mit dem Landkreis Friesland der Initiative "Solar lokal" anschließen wolle. Kein leeres Versprechen: Mitte Januar gab es dazu eine erste Informationsveranstaltung im Ratssaal, mit Vertretern der Verwaltungsspitzen, Umweltfachbereiche und Solartechnikern aus Wilhelmshaven und Friesland.

SolarLokal

SolarLokal ist eine bundesweite Imagekampagne für Solarstrom in Kreisen, Städten und Gemeinden. Träger sind die Deutsche Umwelthilfe e. V. und der Solarstromkonzern SolarWorld AG. SolarLokal wird unterstützt von allen drei kommunalen Spitzenverbänden – dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Ziel ist, den Anteil des umweltfreundlichen Solarstroms an der Energieversorgung zu erhöhen. Gemeinsam mit den Kommunen wird über die Presse und mit Plakaten, Faltschirmen und Aktionen aktiv für Solarstrom geworben. Die Verwaltungsspitzen der beteiligten Kreise, Städte und Gemeinden sind dabei wichtige Multiplikatoren. Bürgerinnen und Bürger werden über die Vorteile von Strom aus Sonne informiert und haben die Möglichkeit zur Installation einer Solarstromanlage durch einen örtlichen Handwerker – "ein Gewinn für regionale Wirtschaft, Umwelt und Kommune", so die Initiatoren.

Solarenergie hat Charme

Wilhelmshavens Oberbürgermeister Menzel und Frieslands stellvertretender Landrat Olaf Lies unterstrichen den Willen von Stadt und Kreis, der Nutzung der Sonnenenergie ab sofort einen höheren Stellenwert einzuräumen, sei es bei der Planung von Neubaugebieten (z.B. der Ausrichtung der Dächer) oder der Untersuchung und Nutzung bestehender Dachflächen. Allein in Wilhelmshaven werden, so Stadtrat Jens Graul, 10 Schuldächer

auf ihre Eignung untersucht. Strom aus Sonnenenergie ist charmant – mit diesen Worten beschrieb der Fachbereichsleiter Umwelt Gerold Janssen die hohe Akzeptanz der Sonnenenergie in der Bevölkerung.

Wer bezahlt's?

Der durch Solarenergie erzeugte Strom wird mit 49,21 ct pro Kilowattstunde vergütet – und das ist schon ein lohnendes Geschäft, wie die anwesenden Vertreter der Öko-Solar GmbH und der P&S-Solar GmbH deutlich machten. Bezahlt wird diese Förderung letztendlich durch den Strompreis. Ein normaler Haushalt trägt monatlich mit ca. 1 Euro die Förderungskosten für die erneuerbaren Energieträger. Das ist ein Wert, der mit dem bekannten Kohlepennig zur Förderung des unwirtschaftlichen Kohlebergbaus konkurrieren kann. Ein Vertreter des örtlichen Handwerks machte deutlich, dass die erneuerbaren Energien gar nicht so weit von ihrer Wirtschaftlichkeit entfernt seien. Es entstehe nur immer der Eindruck, dass Strom aus Kohle, Atom usw. günstiger sei, weil die immensen Kosten für die Entsorgung nicht in die Berechnungen einfließen. Letztendlich sei der Solarstrom sogar günstiger, weil das Geld hier besser angelegt sei als in der Beseitigung der Umweltschäden durch die konventionellen Stromerzeuger Kohle, Gas und Kernenergie.

Netzwerk

Auch die "Wärmeschutzpartner Wilhelmshaven-Friesland", ein Netzwerk von Energieberatern, Handwerksbetrieben und Firmen der Kredit- und Immobilienbranche, die seit mehreren Jahren über Möglichkeiten der Energieeinsparung im Gebäudebereich informieren und beraten, werden nun die Imagekampagne SolarLokal unterstützen. Gerold Janßen, der Vorsitzende der Wärmeschutzpartner: "Solarenergie ist bisher schon Gegenstand unserer Informationen und Beratungsaktivitäten zur energetischen Gebäudesanierung sowie der Umsetzung durch unsere Fachbetriebe. Für uns ist es daher nur konsequent, mit SolarLokal zu kooperieren."

Die Solarbundesliga

Eine wesentliche Maßnahme ist es also, die Nutzung der Sonnenenergie aus der Exotenecke rauszuholen. Die Aktivitäten sollten sich aber nicht auf die Photovoltaik (Stromerzeugung) beschränken, die mit deutlich hö-

heren Investitionskosten verbunden ist als die schlichten Kollektoren zur Wärmegewinnung für Heizung und Warmwasser. Zwar wird der erzeugte Strom, der ins öffentliche Netz eingespeist wird, mit bis zu 57 Cent pro Kilowattstunde vergütet, bis zur Amortisierung braucht es aber einen langen Atem.

Parallel zu SolarLokal läuft das Projekt "Solarbundesliga", bei der sowohl Solarstrom als auch –wärme im Spiel sind. Die Solarbundesliga ist eine Rangliste der bei der Solarenergieerzeugung erfolgreichsten Kommunen in Deutschland. Sie soll für die lokalen Akteure einen Anreiz bilden, verlässliche Gesamtzahlen zu ermitteln – beispielsweise durch Zählung auf den Dächern oder Umfragen bei Installateuren.

Tabellenführer sind bisher (wie oft beim Fußball) die Bayern. Was nicht daran liegt, dass im Süden die Sonne öfter scheint. Denn die Messlatte ist nicht die erzeugte Energie, sondern die Kollektorfläche pro Einwohner bei der Solarwärme und die pro Kopf installierten Kilowatt beim Solarstrom. Nicht nur beim Kicken hat also Bremen (momentan Platz 758 von derzeit 1002 teilnehmenden Kommunen) die Möglichkeit, München (Platz 685) in die Schranken zu verweisen. Auf Platz 11 steht denn auch schon ein Dorf in Schleswig-Holstein. Die Weser-Ems-Region ist bisher nur dünn vertreten. Was den Einstiegszeitpunkt angeht, ist Wilhelmshaven keineswegs das Schlusslicht. Mit dabei sind z. B. Bassum (Platz 404), Wiefelstede (452), Emden (493), Osnabrück (630) und Westerstede (649).

Routine statt Exotik

Mit einer medienwirksamen Auftaktveranstaltung und einigen Plakaten ist es nicht getan, sonst verläuft SolarLokal hier genauso im Sande wie die "Lokale Agenda 21" (für die

SolarLokal wiederum ein wichtiger Baustein ist). Unterstützende Aktivitäten müssen zur selbstverständlichen Routine werden. So sollten die zuständigen Ämter der Stadt bzw. die Immobilienabteilungen der Banken bei jedem Haus- oder Grundstücksverkauf oder Bauantrag die Käufer über die Nutzung von Sonnenenergie auf dem Dach, Technik, Kostenrahmen und Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Bei jedem

Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG)

§ 1 (1) Zweck dieses Gesetzes ist es, insbesondere im Interesse des Klima-, Natur- und Umweltschutzes eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung auch durch die Einbeziehung langfristiger externer Effekte zu verringern, Natur und Umwelt zu schützen, einen Beitrag zur Vermeidung von Konflikten um fossile Energieressourcen zu leisten und die Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien zu fördern.

(2) Zweck dieses Gesetzes ist ferner, dazu beizutragen, den Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2010 auf mindestens 12,5 Prozent und bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen.

Kreditinstitut liegen die Vordrucke für Kreditanträge bei der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau).

Bei Neubauten sollte eine solartechnisch günstige Dachexposition gleich eingeplant werden. Laut Umweltdozent Jens Graul sind in unserer nordischen Stadt die Giebel überwiegend nach Süden ausgerichtet, die Dachflächen nach Ost und West, was die Energieausbeute vermindert – das kann man zukünftig ändern. Auch hiesige Archi-

tektInnen sind gefordert, ihre Kundschaft dahingehend zu beraten. Ein der Verfasserin bekannter Landwirt aus dem Wangerland (der zuvor schon Energie aus Wind und Gülle erzeugte) hatte das Fundament für seine neue Maschinenhalle bereits gegossen, als ihm einfiel, das er den Dachstuhl um 90 Grad drehen und somit eine komplette Breitseite für Photovoltaik schaffen könnte. Gesagt – getan. Wir fliegen zum Mond, warum sollte solch ein Projekt an machbaren statischen Veränderungen scheitern?

Jede Anstrengung, Photovoltaik und Solarthermie "salonfähig" zu machen, bedeutet auch eine Förderung mittelständischer Betriebe der Region, denn diese sind es, die die Anlagen installieren. Aus diesen Kreisen hört man bislang munkeln, dass die GEW als kommerziell orientierter Energieversorger wenig Interesse daran

hat, denn jeder Hausbesitzer, der auf die Sonne setzt, macht sich ein Stück weit unabhängig von Angebot und auch (steigenden) Preisen der GEW. Bisher erhält man mit der Strom- und Gasabrechnung keine Informationen zu ökologisch sinnvollen Alternativen. Im "Havenlicht", dem Kundenmagazin der GEW, wird man aber fündig. (Als Download online auf der GEW-Seite, dort kann man es auch als Postsendung bestellen) In der Ausgabe 2/2006 findet sich unter dem Titel "Himmliche Energie" ein informativer Artikel zum Thema Solarzellen und Sonnenkollektoren.

"Die Sonne strahlt jede Sekunde rund 50 Milliarden Kilowattstunden Energie auf die Erde. Das entspricht der Leistung von 150 großen Kernkraftwerken... Um den Energiebedarf der Weltbevölkerung zu stillen, würden nur 0,05 Prozent der Sonnenenergie ausreichen..." Es folgt eine verständliche Erläuterung der Techniken Photovoltaik und Solarthermie. Mit einem Hinweis auf die hohen Kosten zur Erzeugung von Sonnenstrom, die mit "bis zu ... 55 Cent pro Kilowattstunde bei Kleinanlagen nach wie vor um ein Vielfaches über dem durchschnittlichen Strom-Erzeugungspreis" liegen. Diese Darstellung ist falsch, aber gängig und deshalb der GEW nicht speziell anzulasten. Falsch, weil in konservative Rechnungen zum Vergleich verschiedener Energieformen niemals die komplette Produktlinienanalyse einfließt, von der Forschung bis zu den gesellschaftlichen Folgekosten – da würden z. B. Strom aus Uran oder Kohle sehr schlecht abschneiden.

Hilfreich wie motivierend sind ergänzende Infos vom GEW-Fachmann Karl-Heinz Ammen: "Etwa 80 Prozent der Energiekosten im Haushalt fallen für Heizen und warmes Wasser an. Solaranlagen helfen hier beim Sparen ... Sechs Quadratmeter Flachkollektorfläche oder vier Quadratmeter (etwas teurere) Vakuum-Röhrenkollektorfläche reichen aus, um den jährlichen Warmwasserbedarf in einem Vier-Personen-Haushalt zu 65 Prozent zu decken." Zur Ergänzung in den kalten Monaten empfiehlt Ammen eine Erdgas-Brennwertheizung. Die lässt sich auch in der Nähe des Kollektors unterm Dach installieren und spart somit noch den Kamin. Unser Tipp: Wer ohnehin eine neue (Brennwert-)Heizanlage anschaffen muss, sollte die Kollektoren gleich dazunehmen – die fallen bei den Gesamtkosten kaum ins Gewicht.

torfläche oder vier Quadratmeter (etwas teurere) Vakuum-Röhrenkollektorfläche reichen aus, um den jährlichen Warmwasserbedarf in einem Vier-Personen-Haushalt zu 65 Prozent zu decken." Zur Ergänzung in den kalten Monaten empfiehlt Ammen eine Erdgas-Brennwertheizung. Die lässt sich auch in der Nähe des Kollektors unterm Dach installieren und spart somit noch den Kamin. Unser Tipp: Wer ohnehin eine neue (Brennwert-)Heizanlage anschaffen muss, sollte die Kollektoren gleich dazunehmen – die fallen bei den Gesamtkosten kaum ins Gewicht.

Verbraucher nehmen Einfluss

Ein paar Seiten weiter noch eine interessante Information: Die GEW kooperiert mit dem regionalen Naturstromhändler EWE Naturwatt. "Geliefert wird elektrische Energie, die ausschließlich aus Wind- und Wasserkraft beziehungsweise aus Solar- und Biomasseanlagen stammt". Physikalisch betrachtet mischt sich dieser Strom im Leitungsnetz natürlich mit "dreckigem" Atom- und Kohlestrom – wirtschaftlich betrachtet geht es darum, mit der Nachfrage auch das Angebot Richtung Ökostrom zu beeinflussen. Eine Gewinnverwendungsklausel in den NaturWatt-Verträgen legt fest, dass der gesamte Jahresüberschuss in den weiteren Ausbau der regenerativen Stromerzeugung investiert wird. Es wäre zu begrüßen, wenn solche Infos der GEW regelmäßig auch in der Tagespresse erscheinen würden und nicht nur im Hausblatt.

Skeptische Umweltschützer beklagen, dass die Energiekonzerne nur insoweit am Ökostrom interessiert sind, wie sie auch daran eine goldene Nase verdienen können. Klar richten sich die Aktienkurse (leider) nicht danach, ob die Welt wieder ein Stück gerettet wurde. Aber immerhin können VerbraucherInnen ein Stück weit beeinflussen, ob sich der CO₂-Gehalt der Atmosphäre proportional zu den Gewinnen der Aktionäre erhöht oder reduziert. Dabei besteht durchaus die Gefahr, dass der Ökostrom dicker vergoldet wird, als er wert ist. Das EEG soll dem einen Riegel vorschieben: Die Bundesnetzagentur soll künftig sicherstellen, dass Unternehmen und privaten Stromverbrauchern keine höheren Kosten für Strom aus erneuerbaren Energien in Rechnung gestellt werden, als tatsächlich entstehen. Eine wettbewerbswidrige Preissetzung soll verhindert werden.

Wie wenig die Energieversorger an einer teilweisen Energieautonomie ihrer Kundschaft interessiert sind, zeigt folgendes Beispiel: Ein pfiffiger Niedersachse installierte im Keller seines Eigenheims ein Mini-Blockheizkraftwerk und nahm auch seinen Nachbarn mit ins Boot. Und zack! kamen Mitarbeiter des örtlichen Energieversorgers und durchtrennten ihm die Stromkabel, die zu seinem Grundstück führten.

Sonnenenergie ist für Privathaushalte die unkomplizierteste Möglichkeit, ein Stück weit unabhängig zu werden und sich (dem Geldbeutel) und der Umwelt etwas Gutes zu tun. Kaum jemand hat die technischen und finanziellen Möglichkeiten, sich ein eigenes Wind- oder Wasserkraftwerk in den Garten zu setzen. Aber jeder Hausbesitzer hat ein Dach überm Kopf, das nur darauf wartet, Solarzellen oder Wärmekollektoren aufzunehmen. Auch Wohnungsbaugesellschaften und Besitzer von Mehrfamilienhäusern sind gefragt: Die meisten Blocks längs der Wilhelmshavener Straßen, die in Ost-West-Richtung verlaufen, haben riesige Sattel- oder auch Pultdächer, die nach Süden ausgerichtet sind. Nach Auskunft von Fachleuten ist bei jedem Dach mit einer Neigung zwischen 20 und 60 Grad und einer Ausrichtung zwischen Südost und Südwest die Solarthermie rentabel. Auf Flachdächern können die Kollektoren aufgeständert werden.

2005 wurden in Deutschland 100.000 Solarwärmeanlagen und damit 25 Prozent mehr Anlagen als im Vorjahr installiert. Hoffen wir, dass der Trend sich auch in Wilhelmshaven fortsetzt. □

Randnotiz

Während private VerbraucherInnen sich Gedanken machen, wie sie Energie sparen und damit Umwelt und Portemonnaie entlasten können, werden besonders stromintensive Unternehmen wie z. B. Aluminiumhütten weiterhin bei den Energiekosten entlastet. Begünstigt sind 330 Firmen des produzierenden Gewerbes und 42 Bahnunternehmen. Das Gesamtvolumen ihrer Entlastung beträgt 2007 etwa 365 Millionen Euro. Damit sollen "Nachteile auch im internationalen Wettbewerb" vermieden werden. Grundlage ist die "Besondere Ausgleichsregelung" des EEG. Durch eine zum 1. Dezember 2006 in Kraft getretene Änderung des EEG fällt die Entlastung deutlich höher aus als bisher. So beträgt die so genannte EEG-Umlage der besonders stromintensiven Unternehmen künftig nur noch 0,05 Cent/Kilowattstunde, das ist weniger als ein Zehntel ihrer regulären Höhe. Die rückwirkende Anwendung der Neuregelung schon vom 1. Januar 2006 an hat für die begünstigten Unternehmen zusätzlich einen Wert von etwa 80 Millionen Euro.

KULTUR - KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

Frühstücken · Parties · Konzerte

Freitag **GLOOMY FRIDAY**
9.2. **EBM-80's DarkWave & Gothic Night**

Mittwoch, 14. Februar
VARSITY DRAG
(EX-LEMONHEADS Ben Deily)

20:30 Uhr

16. Februar
LIZARD KINGS

Tribute to **THE DOORS!**

21 Uhr

www.kling-klang-whv.de

Ratssplitter

vom 17. Januar 2007
am Kehrblech: Imke Zwoch

Noch im November hatten die einen und anderen geunkt, die Farbenvielfalt im neuen Rat würde end- und ergebnislose Debatten mit sich bringen. Denkst! So oft und so schnell waren sich die Fraktionen vormals selten einig. Nur die Diskussion zu einer Großen Anfrage der FDP lief etwas aus dem Ruder.

◆ **Übrigens**

ist die Bezeichnung "Jamaika" für die Gruppe aus Grünen, FDP und CDU mittlerweile salonfähig. Anfangs nur ein Arbeitstitel mit teilweise spöttischem Beigeschmack, wird die zeitsparende Wortschöpfung jetzt von allen im Rat ohne gedachte Anführungszeichen gebraucht. Wir schließen uns an – und schreiben es, dem Duden folgend, mit "k".

◆ **Unangenehm**

entwickelt sich die WoBauJade seit der Übernahme durch so genannte "Heuschrecken". Nicht nur die Beschäftigten sind betroffen (s. "Klima der Angst", GEGENWIND Nr. 223), auch MieterInnen machen sich Sorgen. Ratsherr Joachim Tjaden (BASU) forderte nun Akteneinsichtnahme in die Verkaufsunterlagen, um "sein Wissen aufzufrischen", weil er des öfteren von Betroffenen auf das Thema angesprochen wird. SPD und CDU schlossen sich dem Antrag an, der einstimmig angenommen wurde.

◆ **Verspätet**

will die Stadt, auf Antrag von Jamaika, nun doch dem interkommunalen Gewerbeprojekt "JadeWeserPark" beitreten. Ein entsprechender Antrag der FDP war im April 2005 mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Auf einer Fläche von 160 Hektar, zwischen TCN, A29 und B210, soll 2008/2009 ein Gewerbe- und Industriegebiet erschlossen werden. Derzeit läuft das Bauleitplanverfahren. Mitglieder des Zweckverbandes sind die Landkreise Friesland und Wittmund sowie neun ihrer Städte und Gemeinden. Wilhelmshaven hatte bei der Gründung 2005 "fahrlässig" (CDU-Ratsherr Jörn Felbier) seine Beteiligung abgelehnt. Merkwürdig ist das schon, setzt man doch bei der Entwicklung des Gewerbeplans auf den JadeWeserPort und den Ausbau der chemischen Industrie an der Jade (und die angedachte A22). Während die Stadt Wilhelmshaven sich daran festbeißt, wann sie ihre ersten Flächen am Containerhafen vermarkten kann – was durch konkurrierende Vermarktungsinteressen des Landes sowie den Naturschutzstatus der Grodenflächen nicht einfach wird –, haben die Umlandkommunen schon ein Angebot parat, das auch aus ökologischer Sicht vergleichsweise unproblematisch ist. "Wertschöpfungsketten halten sich nicht an Verwaltungsgrenzen. Deshalb ist es wichtig, dass regionale Wachstumskonzepte geschaffen werden wie beim interkommunalen Gewerbegebiet JadeWeserPark", zitierte Felbier den niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit und Ver-

kehr Walter Hirche, den das Projekt begeistert. Angeblich kritisieren bestimmte Umlandgemeinden mittlerweile die Wilhelmshavener Haltung als "Oberzentrums-Mentalität", man fühle sich "gegängelt und über den Tisch gezogen". Siegfried Neumann (SPD) hielt dem entgegen, die Stadt habe 1998 die WFG gegründet in der Hoffnung, dass andere sich anschließen würden. (In der Debatte vom April 2005 hatte Neumann auf den Kooperationsvertrag verwiesen, wonach eine ca. 10%-ige Beteiligung der Landkreise Friesland, Wittmund und Wesermarsch an der vorgesehenen Vermarktungs- und Immobiliengesellschaft Voslapper Groden und im Hafengroden vorgesehen sei.) Aber "wir sind bereit, den Oberbürgermeister zu überre... äh, zu beauftragen, den Beitritt zum JadeWeserPark vorzubereiten." Man müsse ihn nicht überzeugen, mit anderen zu reden, meinte OB Eberhard Menzel. Felbiers Kritik ziehe er sich nicht an. Er wies auf gemeinsame Projekte mit dem Umland hin, wie das Veterinäramt, die Naturschutzstiftung oder Krankenhäuser. Und es gäbe schon verschiedene Vermarktungsebenen, in die die Stadt viel Geld einzahle. Unterm Strich riet Menzel vom Beitritt zum JadeWeserPark ab, da dieser sich mit anderen strategischen Konzepten überschneide oder diese sogar behindere. Der Rat entschied sich jedoch einstimmig für den Beitritt, d. h. die Verwaltung wurde mit dahingehenden Verhandlungen beauftragt. Das soll wohl klappen – bereits 2005 hatte die Geschäftsführerin des Zweckverbandes, Hiltrud Péron, der Stadt ein Türchen offen gehalten: "Wir sind keine geschlossene Veranstaltung, sondern können jederzeit Neue aufnehmen."

◆ **Nicht verspätet**

steigt die Stadt in wieder eine andere Kooperation mit dem Umland ein: "Strategische Ansätze für ein Regionales Standortmanagement im Jade-Weser-Raum" heißt eine Studie, die das Nds. Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) und die Nord/LB gebastelt haben. Neben der Stadt Wilhelmshaven und den Landkreisen Friesland und Wittmund ist hier auch der Landkreis Wesermarsch mit im Boot. Auch hier bilden der JadeWeserPort und die Investitionsplanungen der Chemischen Industrie in Wilhelmshaven (die sich aktuell etwas relativiert haben) den Hintergrund. Auf dem Programm stehen die Qualifizierung der regionalen Betriebe und Arbeitskräfte, zielgruppenorientierte Ansiedlungs-, Leitbild- und Marketingstrategien sowie das Management der Großbaustellen und Flächen. Im Mittelpunkt steht eine regionale Entwicklungsagentur. Im Lenkungsausschuss sind der OB und die 3 Landräte, NIW und Nord/LB sowie beratend Planer und Wirtschaftsförderer. Je drei Vertreter entsenden die Kommunen in den Politischen Beirat (für WHV je ein Sitz für SPD, CDU und FDP). Reuter wertete dieses Vorhaben als große Unterstützung seitens der Landesregierung für die Region. Deshalb hält er Kritik an der Landesregierung für unpassend. Es gibt immer wieder Unmut, weil landeseigene Flächen am JadeWeserPort zuerst vermarktet werden sollen und das Land sich schleunigst um Ausgleichsflächen kümmern soll, damit das europäische Schutzgebiet Voslapper Groden von der Stadt vermarktet werden kann. Neumann soll laut Reuter im Finanzausschuss gesagt haben, letztlich krähe kein Hahn (oder sonst ein Tier) danach, ob es Ausgleichsflächen gäbe oder nicht – in Hamburg habe man ja das Mühlenberger Loch, das letzte Süßwasserwatt an der Unterelbe, für das Airbuswerk zugeschüttet ... (Anm. d. Red.:

Und jetzt haben die Verantwortlichen ein Verfahren des Europäischen Gerichtshofes am Hals, weil sie den Eingriff in die Natur immer noch nicht kompensiert und damit gegen geltendes Recht verstoßen haben – da kräht schon jemand. Nebenbei bemerkt stand nicht allzu lange nach Zerstörung der Naturfläche die Zukunft des Airbus-Standortes schon wieder in Frage.) Neumann versuchte das zu relativieren – er habe nur ein Beispiel dafür nennen wollen, dass es auch schneller geht mit dem Baubeginn – "5.300 Arbeitslose warten darauf, dass sich etwas tut".

"Viele Gutachten werden erstellt, viele verschwinden in der Schublade, und oft ist das auch gut so", brachte Michael von Teichman (FDP) seine Zweifel am Sinn des Strategiekonzeptes zum Ausdruck. Er zitierte aus der Imponiersprache der Studie, eine Aneinanderreihung gängiger Stereotypen wie "auf Augenhöhe", was er bisher nicht erkennen könne. Als Beispiel für ein im Ergebnis misslungenes Regionalmanagement nannte er die Ostfrieslandkonferenz, die mittlerweile auch eingeschlafen sei. Doch auch er plädierte, man solle in Bezug auf die (CDU/FDP-geführte) Landesregierung "nur so viel Porzellan zerbrechen wie nötig, nicht wie möglich". Menzel machte deutlich, er werde nicht der Devise folgen "Jawoll, Land, befehl, wir folgen dir", räumte aber ein, dass es auch mit der früheren SPD-Regierung "nicht immer eitel Sonnenschein" gegeben hätte. Trotz alledem nahm der Rat (bei einer Enthaltung) die Studie zustimmend zur Kenntnis und beauftragte die Verwaltung, die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen zu schaffen.

◆ **Immer wieder**

ärgern sich Jamaikaner über die mangelnde Transparenz von Aktivitäten und Finanzen der städtischen Gesellschaften. Die arbeiten zwar im Wesentlichen mit dem Geld der BürgerInnen, rechtlich gesehen sind es aber privatwirtschaftliche Unternehmen, weshalb Anträge auf entsprechende Auskünfte stets abschlägig beschieden werden. Die BASU fand nun heraus, dass Ratsmitglieder, die im Aufsichtsrat der Gesellschaften sitzen, mit dessen Zustimmung durchaus ein Stück weit aus dem Nähkästchen plaudern dürfen. Bereits in der vergangenen Ratssitzung hatte sie für die WTF eine solche Berichterstattung beantragt und ergänzte dies nun für alle anderen Gesellschaften. Günter Reuter (CDU) erweiterte den Antrag: Nicht nur Ratsmitglieder in den Aufsichtsräten, auch die in den Gesellschafterversammlungen sollten Bericht erstatten. Man diskutierte dann noch etwas über Fristen und Regularien – wer soll (bis) wann was beantworten-, nahm dann aber auch diesen Antrag einstimmig an. Menzel kündigte an, alle Gesellschaften anzuschreiben, die dann in ihrer nächsten Aufsichtsratssitzung darüber befinden sollten. Abschließend wies er darauf hin, dass diese Berichte nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen dürften.

◆ **In Angst**

leben immer noch Eltern und Kinder Mucaj und auch weitere Familien, deren Abschiebung noch nicht abschließend abgewendet wurde. In ihrem Interesse erkundigte sich Rats herr Johann Janssen (LAW) nach Details der Umsetzung der neuen Bleiberechtsregelung. Laut Stadtrat Jens Graul ist der Beschluss der Innenministerkonferenz vom 17.11.2006 vom Nds. Innenministerium durch Erlasse vom 6.

und 19.12.2006 in geltendes Recht umgesetzt worden. Frage 1 widmete sich dem Bleiberecht für Erwerbsunfähige. Diese können, so Graul, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn eine "leistungsfähige" dritte Person sich mit einer Verpflichtungserklärung bereit erklärt, die Kosten für Lebensunterhalt, Betreuung und Pflege zu übernehmen.

Wer arbeitsfähig ist, aber noch keinen Arbeitsplatz nachweisen konnte, dessen Duldung wird bis zum 30.9.2007 verlängert, sofern die sonstigen Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung erfüllt sind. Betroffene erhalten eine Bescheinigung der Ausländerbehörde für den Arbeitgeber, aus der hervorgeht, dass ihnen eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, wenn sie mit einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichern können. (Herr Mucaj könnte seit langem einen solchen Arbeitsplatz haben, bekam aber bisher keine Arbeitserlaubnis).

Eine weitere Frage galt der Verjährung von "Fehlverhalten" der Betroffenen. Die Härtefallkommission (im Landtag) sieht, so Graul, keine Verjährungsfristen vor. Allerdings würde nicht jedes ausländerrechtlich relevante Fehlverhalten zum Ausschluss von der Bleiberechtsregelung führen. Schlecht sieht es für die Betroffenen aus, wenn sie ihre "Rückführung in gravierender Weise verhindert oder behindert haben, erheblich straffällig geworden sind oder ihr weiterer Aufenthalt Sicherheitsbedenken begegnet". (Die Angabe eines falschen Namens, was ein hiesiger Flüchtling vor etlichen Jahren aus der Not heraus tat, fällt hoffentlich nicht darunter). Zur konkreten Auslegung erwartet man ergänzende Anweisungen des Ministeriums. (Unser Gegenvorschlag: Unsere Ausländerbehörde wartet nicht ab, sondern nutzt das Zeitfenster, um im eigenen Ermessen zu Gunsten der Betroffenen zu entscheiden).

Bisher galt für Arbeit suchende MigrantInnen im Zusammenhang mit der Bleiberechtsregelung die so genannte Vorrangprüfung, d. h. der Arbeitgeber musste erst nachweisen, dass es keinen geeigneten Interessenten mit deutscher bzw. EU-Staatsangehörigkeit gibt, ehe er jemanden anderer Herkunft einstellen konnte. Diese ist mit der neuen Bleiberechtsregelung abgeschafft. Graul ergänzte, dass die Agentur für Arbeit aber weiterhin prüft, dass keine schlechteren Arbeitsbedingungen herrschen als bei anderen Arbeitnehmern. Das ist, sofern es im Sinne der Menschenwürde des Betroffenen ausgelegt wird, auch in Ordnung.

◆ Erneut

erkundigte sich die BASU nach einem Gutachten zur zukünftigen Nutzung des Jadezentrums. Ein gewichtiger Ratsbrocken, dem wir auf S. 14 einen eigenen Artikel gewidmet haben.

◆ Uneinig

sind sich derzeit in zwei Fällen die Stadt (als oberster Dienstherr) und der Personalrat, weshalb gemäß dem Nds. Personalvertretungsgesetz eine Einigungsstelle gebildet wird, die dann bis zum Ende der Amtszeit des Personalrats bestehen bleibt. Sie besteht aus sechs Mitgliedern, die je zur Hälfte von der obersten Dienstbehörde und vom Hauptpersonalrat bestellt werden, und einer/m unparteiischen Vorsitzenden. In diesem Fall ist das Richter Michael Ferber vom Amtsgericht Oldenburg. Laut Gesetz sollen der Einigungsstelle Frauen und Männer angehören. Seitens der Stadt wurde nur eine Frau als Mit-

glied benannt, die beiden anderen und alle sechs Stellvertreter sind männlich. Die Verhandlungen der Einigungsstelle sind nicht öffentlich. Innerhalb von sechs Wochen

nach Anrufung der Einigungsstelle soll sie (mit Stimmenmehrheit) einen Beschluss fassen. □



Vorschau

| | |
|--------------|--|
| Fr. 02.02.07 | Prince Robinson & Burning Desire (USA) - Blues-Rock |
| Sa. 10.02.07 | Danny Bryant's RedEyeBand (GB) - Blues-Rock |
| Sa. 17.02.07 | Connemara Stone Company (IR/D) - Celtic Folk-Rock |
| Sa. 24.02.07 | CCR Revival Band (D) - Creedence Clearwater Revival |
| Sa. 03.03.07 | Till Kersting & Band (D) - Blues-Rock-Soul |
| Fr. 09.03.07 | Dire Strats (D) - Dire Straits Tribut |
| Fr. 16.03.07 | Iko Andrae & The Cocktail Shaker Band (D) Ein musikalischer Atlantiktörn |
| Sa. 24.03.07 | Michael Pickett (CAN) - Blues-Roots |
| Sa. 31.03.07 | Lizard Kings (D) - Doors-Tribute |
| Sa. 14.04.07 | Stone (D) - Rolling Stones Tribut |
| Sa. 21.04.07 | Reverend Rusty & The Case (USA/D) - Blues-Rock |
| Sa. 28.04.07 | Jim Kahr Band (USA) - Blues-Rock |
| Do. 03.05.07 | John Campbelljohn Band (USA) - Blues-Rock |
| Fr. 11.05.07 | Mike Brosnan (AUS) & Gerd Vogel (D) - Folk-Rock-Blues |
| Fr. 01.06.07 | Firefly (D) - Uriah-Heep-Tribute |
| Fr. 08.06.07 | Eric Steckel Band (USA) - Blues-Rock |

Fair Cafe im Fairhandelshaus MERCADO MUNDIAL Schortens

Accumer Str. 5 * 26419 Schortens-Grafschaft

Fon 04423.709360 * Fax 04423.709361

www.fair-cafe.com * booking@fair-cafe.com * Konzertbeginn immer 20.30 Uhr

Ticket-Hotline 04423.709360

MütterZentrum

Werftstr. 45 * Tel. 506 106

Mütterzentrum? Ich ...

überwinde die Hemmschwelle

traue mich auf Neuland

treffe andere

entdecke mich selbst

reduziere Vorurteile

Erlebe Toleranz

spüre Wärme und Nähe

Muss nicht perfekt sein

Nehme mein Kind mit

Werde mutiger

Gehe auf andere zu

Stehe im Zentrum

Café MüZe:

Montag - Freitag 9.30 - 12.30 Uhr

Haisteak an Nadelstreifen

Landesbühne serviert appetitliche Dreigroschenoper

(iz) Die "Dreigroschenoper" ist immer noch das meistgespielte Stück an deutschen Bühnen. Gar nicht so leicht, es immer wieder neu zu erfinden. Reinhard Friese schaffte es in seiner 25. und (vorerst) letzten Inszenierung mit starken, plakativen Bildern. Sympathisch sind auch sozial- und umweltorientierte Sonderaktionen der Landesbühne.

Die (Nicht-)Farben Schwarz und Weiß dominierten Bühne, Kostüme und Beleuchtung, mal als Fläche, mal als Streifen, mal als Bordüre. Langeweile kam dadurch nicht auf. Mit den Kostümen wurde eine eigene, geradezu

schicke Kollektion geschaffen (Nadelstreifen und Häftlingskleidung liegen auch im richtigen Leben oft dicht beieinander ...) die Schwarz-Weiß-Malerei erlaubte es, mit der Farbe Rot deutliche Akzente zu setzen, wie "der rote Mond von Soho" oder die Lippen von Revolver-Jenny. Vorbild war möglicherweise das Mädchen mit dem roten Mantel in Steven Spielbergs monochromem Film "Schindlers Liste". Womit wir, beim Vergleich mit diesem ersten Film, bei der Frage wären: Wie ernst soll sich die Dreigroschenoper nehmen? Sowohl die Landesbühne als auch zahlreiche ZuschauerInnen, die sich in Leserbriefen an die WZ zu Wort meldeten, sind der Ansicht, dass diese sozialkritische Oper unterhaltsam und komisch sein darf. Dem Kollegen aus der WZ-Kulturredaktion hingegen war der Spaßfaktor in dieser Inszenierung zu dominant, aber nun - die Geschmäcker sind verschieden.

Der Brechtsche Plot ist so stark verkürzt angelegt, dass eine Comichafte Umsetzung nahe liegt. Die märchenhafte Wendung im Finale, als "des Königs reitender Bote" das Happy End einläutet, ist auch nicht Frieses Erfindung. Und wenn schon Brecht in der Uraufführung Probleme damit hatte, ein echtes Pferd auf die Bühne zu bringen, so ist es legitim, wenn Friese den Retter auf einem Steckpferd daherkommen lässt.

Wenn der feine Ganove Mackie Messer in einem leeren Stall Hochzeit feiert, ist es nur recht und billig (!), auch sonst zu Improvisationen zu greifen, die freilich komisch wirken und das auch sollen und dürfen - sei es die Glühbirne, die den aufgehenden Mond symbolisiert, oder die mit Kreide rasch aufgemalten Kleiderhaken und Fenster an der Rückwand. Besser: Trennwand, denn als Spielfläche dient die gute alte, hier zweigeteilte Drehbühne. Ergänzend zu den Farben unterstreicht sie den plakativen, pointierten und polarisierenden Tenor der Inszenierung. Aus Platzgründen wurde das Liveorchester aufs



Dach der Bühne verbannt; die damit verbundenen Probleme bei der Verständigung zwischen Darstellern und Musikern wurden auch mal aktiv in den Ablauf eingebaut.

Herausragend waren die Gesangsdarbietungen der DarstellerInnen. Auch da schieden sich die Geister: In der Regel verbindet man die Brecht/Weillschen Songs mit rauhen, schrägen Tönen und nicht mit glockenhellen Operettenstimmen. Doch warum soll unser hiesiges Ensemble nicht zeigen, was es auch gesanglich kann? Zudem sind die Texte bei sauberer Darbietung besser zu verstehen. Und zu der scharfkantigen Umsetzung passt es durchaus, eine schmutzige Geschichte mit schönem Gesang zu erzählen. Auch die Bilder setzen sehr auf Ästhetik, doch selbst mit geputzten Zähnen wirkt ein Haifisch noch lange nicht aalglatt. So viele Ecken und Kanten hat Frieses Dreigroschenoper, dass sie in ihrer eigenen Geometrie eine runde Sache ergibt.

Herausragend waren die Gesangsdarbietungen der DarstellerInnen. Auch da schieden sich die Geister: In der Regel verbindet man die Brecht/Weillschen Songs mit rauhen, schrägen Tönen und nicht mit glockenhellen Operettenstimmen. Doch warum soll unser hiesiges Ensemble nicht zeigen, was es auch gesanglich kann? Zudem sind die Texte bei sauberer Darbietung besser zu verstehen. Und zu der scharfkantigen Umsetzung passt es durchaus, eine schmutzige Geschichte mit schönem Gesang zu erzählen. Auch die Bilder setzen sehr auf Ästhetik, doch selbst mit geputzten Zähnen wirkt ein Haifisch noch lange nicht aalglatt. So viele Ecken und Kanten hat Frieses Dreigroschenoper, dass sie in ihrer eigenen Geometrie eine runde Sache ergibt.

Sonderaktion für Ehrenamtliche

Die Landesbühne bietet eine Sonderaktion für alle EhrenamtsCard-Besitzer, um das Ehrenamt zu fördern und sich bei allen für ihr Engagement zu bedanken. Statt der üblichen 20 %-Ermäßigung können sich Ehrenamtliche bis Ende Februar für nur 5 Euro DIE DREI-GROSCHENOPER ansehen. An drei Terminen steht Brechts Ganovenstück mit der Musik von Kurt Weill im Stadttheater auf dem Programm: Mittwoch, 31. Januar und Freitag, 23. Februar, Vorstellungsbeginn jeweils um 20 Uhr, sowie Sonntag, 4. Februar, um 15:30 Uhr. Das Angebot gilt, solange der Vorrat reicht. Die vergünstigte Eintrittskarte gibt es - nach Vorlage der EhrenamtsCard - im Service-Center der Landesbühne (Tel. 04421/9401-15, Virchowstr. 44).



foto:Landesbühne

Entspannt und umweltfreundlich ins Theater

Die Landesbühne bietet für die DREI-GROSCHENOPER-Vorstellung am Sonntag, dem 4. Februar (Beginn 15 Uhr 30) zusammen mit der NordWestBahn ein Kombiticket an. Damit kommen Theaterfreunde von allen Bahnhöfen ab Oldenburg und Esens bequem mit dem Zug nach Wilhelmshaven. Das Kombiticket kostet zwischen 12 und 16 Euro (ermäßigt 9 bis 11 Euro). Im Preis enthalten ist die Hin- und Rückfahrt mit der NordWestBahn sowie der Eintritt zur DREI-GROSCHENOPER. Die Tickets sind ausschließlich über die Homepage der NordWestBahn (www.nordwestbahn.de) zu beziehen und können dort direkt ausgedruckt werden. □



Schlicktown für Anfänger oder die Frage nach Theater

Als ich in diese Stadt zog - und nach wie vor ist mir unklar, wie mir das passieren konnte - war mir nicht bewusst, dass es hier ein Theater geben könnte. Ich hatte Ihnen ja nun in der zweihundert-zweiundzwanzigsten Ausgabe dieser Publikation versprochen, dass ich mich bei Ihnen noch einmal melden würde und wollte nun also sehen, ob man nun auch ungefähr das gedruckt hat, was ich geschrieben hatte. Zu meiner Verblüffung fand ich nicht nur meinen kompletten Text abgedruckt, sondern auch eine Theaterkritik, was mich zu der Annahme führte, dass es hier eben sehr wohl ein Theater geben muss. Ich habe mir sofort einen Spielplan kommen lassen und lese in diesem nun Folgendes: "Februar". Und darunter: "07", was wohl das Jahr angeben soll.

Darunter wiederum zwei Spalten: Die eine "Wilhelmshaven", die andere "Spielgebiet". In der Mitte der Spalten das Datum: Donnerstag 01.

Unter "Spielgebiet" finde ich hier den Hinweis, dass ich in Norden in der Realschule um 20 Uhr "Der Gefangene der Second Avenue" sehen kann.

Unter "Wilhelmshaven" lese ich "Stadttheater / 21.00 Uhr / freier Verkauf", dann "Roter Salon" (und denke, das kann ja nur was Schweinisches sein) und dann "Wilhelmshaven und Schönheit" und da denke ich, dass ich mich wohl verlesen habe. Ich lese es noch einmal und bin begeistert! Mein Thema! Mein Theater! Mein Wilhelmshaven! Da geh' ich hin!

Obwohl? Ich finde ja, dass es sich thematisch fast gleich bleibt, ob ich nun nach Norden fahre oder in Wilhelmshaven bleibe. Denn wo ist schon der Unterschied zwischen "Der Gefangene der Second Avenue" und "Schönheit und Wilhelmshaven"? Nun gut, ich gehe nun also zum "Roten Salon", auch wenn ich noch ein wenig Sorge habe, dass dahinter ein Swingerclub stecken könnte, der sich in diesem Theater eingemietet hat; denn hinter dem Titel "Wilhelmshaven und Schönheit" könnte sich ja noch so manches verbergen, aber wer nichts wagt, der nicht gewinnt, und der Spielplan macht mir sonst einen eher seriösen Eindruck.

Wie es mit meiner Umfrage weitergeht? Weder statistisches Bundesamt noch Reuters wollten hierzu eine Aussage zu Wilhelmshaven und Schönheit machen. Aber ich bin sicher, dass ich da für Sie noch etwas in Erfahrung bringen werde. Am 1.2. um 21 Uhr gehe ich nun aber zum ersten Mal seit Jahren wieder ins Theater - wenn ich mich traue.

Ich empfehle mich.

Sultan Hasselbäck



hartz IV und recht

Angemessen sind die tatsächlichen Kosten!

(noa) Vom 17. Oktober 2006 datiert ein Urteil des Sozialgerichts Oldenburg, das vermutlich für viele Alg II-EmpfängerInnen in Wilhelmshaven von Belang sein wird. Es geht um die Höhe der Heizkosten.

Bekanntlich besteht das Arbeitslosengeld II aus dem Regelsatz, der Miete und den Heizkosten. Laut § 22 Abs.1 Satz 1 SGB II werden von der ARGE die tatsächlichen Aufwendungen dafür erbracht, soweit diese angemessen sind. Zur Angemessenheit der Miete hat das Sozialgericht Oldenburg gegen Ende 2006 schon einige Urteile gesprochen, aus denen klar hervorgeht, dass die Beträge, die das Job-Center Wilhelmshaven für angemessen hält, nicht ausreichen. In diesen Urteilen wurde das Job-Center dazu verurteilt, den betreffenden KlägerInnen eine Miete gemäß der rechten Spalte der Wohngeldtabelle zu erstatten.

Viele Alg II-Antragsteller haben Ende 2004, als das Hartz IV-Gesetz kurz vor dem Inkraft-Treten stand, eine Aufforderung (damals noch von der Agentur für Arbeit, da es die ARGE und damit das Job-Center erst seit 1.1.2005 gibt) zum Umzug in eine billigere Wohnung bekommen, von denen es angeblich in Wilhelmshaven genug gibt. Tatsächlich stehen hier viele Wohnungen leer, doch das z.T. deswegen, weil sie schlecht isoliert sind und hohe Energiekosten verursachen.

Geht man davon aus, dass die Höchstbeträge, die das Job-Center nicht nur für die Miete, sondern auch für die Heizenergie angesetzt hat, ausreichend sein müssten, bleibt einer langzeitarbeitslosen Person nur, entweder das, was an der Miete fehlt oder das, was

an Heizkosten nicht erstattet wird, vom Regelsatz abzuzweigen. Da ist es in manchen Fällen billiger, in der "zu teuren" Wohnung zu bleiben und dafür weniger Heizkosten zu haben. Diejenigen, die der damaligen Aufforderung nachgekommen sind und in eine billigere Wohnung gezogen sind und deshalb nun höhere Heizkosten haben, können nach dem Urteil des SG Oldenburg vom 17.10.06 jetzt aufatmen – und sollten flugs einen Antrag auf Überprüfung ihres Alg II-Bescheides stellen. Denn: "Die ‚Angemessenheit‘ unterliegt als unbestimmter Rechtsbegriff in vollem Umfang der gerichtlichen Kontrolle", heißt es in diesem Urteil, mit dem die ARGE Oldenburg dazu verurteilt wurde, die tatsächlichen Heizkosten einer Alg II-Bedarfsgemeinschaft zu erstatten, die beträchtlich über dem von ihr als angemessen definierten Satz liegen. Geklagt hatte eine Mutter, die mit ihren fünf Kindern in einer schlecht isolierten Dachgeschosswohnung wohnt und diese mit veralteten Gasöfen beheizen muss.

Dazu schreibt das Sozialgericht im Urteil: "Hierbei sind zunächst Kriterien wie Geschosshöhe, Wohnfläche, Heizetage, Alter des bewohnten Gebäudes, Alter und Zustand der Heizanlage, Wärmeverlust, Beschaffenheit der Fenster u.a. zu beachten. Hinzu kommen subjektive Faktoren (...) Auch ist die Besonderheit zu berücksichtigen, dass erwerbslose Hilfebedürftige eben aufgrund der Erwerbslosigkeit gezwungen sind, eine gegenüber dem Durchschnitt deutlich angehobene Zeitspanne in der Wohnung zu verbringen, was jedenfalls in der kälteren Jahreszeit zu erhöhten Heizkosten führen kann. ..."

Alg II-BezieherInnen, die betroffen sind, sollten sich an die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland wenden, um sich bei den weiteren Schritten beraten zu lassen. □

Beratung der Arbeitsloseninitiative:

Jever: Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Sande: Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

Varel: DGB-Büro, HansasträÙe 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

Wilhelmshaven: Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

Ungesetzlich

ist das Vorgehen des Job-Centers Wilhelmshaven gegenüber Geringverdienern, die ergänzendes Arbeitslosengeld II beziehen bzw. beantragen. Bekanntlich gibt es Menschen, die so wenig verdienen, dass sie Anspruch auf einen Teil des Alg II haben. In diesen Fällen zahlt das Job-Center so lange nicht, bis ein eventueller Wohngeldanspruch geklärt ist. Laut Auskunft der

ALI hat es in den letzten Monaten mehrere solcher Fälle gegeben.

Gemäß dem "Zuflussprinzip" muss das Alg II jedoch gezahlt werden, solange kein Wohngeld gezahlt wird. Mit der gesetzwidrigen Handlungsweise verweigert das Job-Center Geld, denn einige Betroffene haben Anträge auf einstweilige Anordnung beim Sozialgericht Oldenburg gestellt, und da kommen schon wieder Gerichtskosten auf das Job-Center zu. (noa)

Neuer ALI-Vorstand

Nach zwei Jahren Hartz IV hat die Behörde es immer noch nicht hinbekommen, die Bewilligungsbescheide für das Arbeitslosengeld II so auszustellen, dass sie für die EmpfängerInnen nachvollziehbar sind, so lautete das Fazit von Günther Kraemmer auf der Jahreshauptversammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland im Dezember. Man kann den Bescheiden nicht entnehmen, wie und warum was in welchem Umfang angerechnet wird. 1686 Beratungen in den Sprechstunden der ALI sprechen eine deutliche Sprache, und oft musste die richtige Zahlung beim Sozialgericht erkämpft werden.

Die Armut, insbesondere die Kinderarmut, ist durch Hartz IV in Wilhelmshaven und Friesland stark angestiegen. Einem Kind unter 14 Jahren stehen monatlich 207 € zu, 0,76 € für Spielzeug, 4,40 € für Schuhe, 1,63 € für Schulbedarf (das sind jeweils Monatsbeträge), 2,51 € pro Tag für Essen und Trinken sind für Kinder in Alg II-Bedarfsgemeinschaften vorgesehen.

Auf der Jahreshauptversammlung hat Günther Kraemmer nicht mehr für den ALI-Vorstand kandidiert. Auch Harald Laufer, Meike Georgi, Margret Kraemmer, Erwin Zeit und Dirk-Agge Bothe sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Roland Strobelt ist 1. Vorsitzender, Johann Wilms 2. Vorsitzender. Kassiererinnen sind Diana Rieken und Corinna Schröter-Kuhlbars. Als Schriftführer fungieren Hans-Günter Osterkamp und Jürgen Oltmanns, und Dorothee Jürgensen, Hartmut Tammen-Henke und Albert-Otto de Riese sind BeisitzerInnen. (noa)

Arbeitsloseninitiative
Wilhelmshaven/Friesland

**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strobach.de

Tenge & Strobach
Kfz-Technik

Schubladendenken

Unverständliche Geheimniskrämerei um die Zukunft der Stadthalle

(iz) Im Mai 2006 hatte sich die BASU im Rat nach den Hintergründen einer laufenden Umfrage zur zukünftigen Nutzung des Jadezentrums erkundigt. Nun hakte sie nach, was daraus geworden sei. Nach Auskunft des Oberbürgermeisters ist "die Studie zu einem möglichen Nutzungskonzept noch nicht abgeschlossen". Merkwürdig: Unser Redaktion hatte dieses angeblich bisher nicht existierende Papier schon vor der Ratssitzung gelesen. Nachfolgend fassen wir für den OB und andere Interessierte zusammen, was drinsteht.

Die Geheimniskrämerei zeichnete sich schon bei der ersten BASU-Anfrage ab: Wessen Idee die Umfrage war, wie viele Betriebe befragt wurden, Beteiligung, Kosten und Ergebnisse, all das wollte der OB damals nicht beantworten mit der Begründung, "die zitierte Umfrage bei Betrieben und Unternehmen im kleineren und größeren Einzugsbereich des Jadezentrums wurde im Auftrag der Eigentümer des Objektes, der Firma Boden Wert GmbH, von der Firma ghh consult GmbH durchgeführt. Die Stadt selbst oder städtische Töchter oder Beteiligungen haben die Umfrage nicht initiiert und sind auch nicht an deren Kosten beteiligt." Dass es gar keine Kooperation zwischen Stadt und Eigentümer gegeben haben soll, klang nicht nur für uns höchst unprofessionell. Denn "das Problem der Nichtnutzung" ist nicht, wie der OB meinte, allein "ein Problem der Eigentümerin", sondern auch eines der Stadt bzw. ihrer BürgerInnen, denn mit ihren Geldern wird die Miete für die Stadthalle (vertraglich gebunden noch bis zum Jahr 2019) finanziert (für die Verkaufshalle im Erdgeschoss besteht noch bis 2009 ein Mietvertrag zwischen dem Eigentümer und WAL-Mart), sie müssen mit dem unansehnlichen, weitgehend leerstehenden Gebäudekomplex leben. Und sie würden sich freuen, wenn er aufgewertet und mit Leben erfüllt würde.

Alleingang des Eigentümers?

Aber zum Glück ist es gar nicht so, dass Stadt und ihre Wirtschaftsförderer sich da rausgehalten hätten. Im Anschreiben der Wiesbadener Unternehmensberater ggh vom März 2006 an hiesige Firmen stand: "Das Jadezentrum soll belebt werden. Hierzu wurde die Unternehmensberatung ghh consult GmbH von der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH beauftragt, eine Markt- und Potenzialanalyse...durchzuführen."

Ausgangspunkt ist eine Untersuchung zu



potenziellen Chancen der Stadt als Tagungs- und Kongress-Standort, die bereits 2005 im Auftrag der Stadt (!) von der ggh durchgeführt wurde (Nutzungskonzept Teil II S. 3). Die (positiven) Prognosen "wurden von der Stadt als realistisch bestätigt" und die WFG mit der Umsetzung beauftragt (ebd.). Man geht von 300 Tagungen und Kongressen jährlich aus mit 27.000 TeilnehmerInnen, zuzüglich 23.000 Gästen bei kulturellen und gesellschaftlichen Veranstaltungen. Die Nachfrage nach solchen Veranstaltungen im Jadezentrum soll aktiviert und damit sollen auch die übrigen Flächen im Gebäudekomplex wieder belebt werden.

Im vorliegenden Nutzungskonzept, datiert auf den 9. Juni 2006, steht nichts drin, was die Verantwortlichen der Stadt oder der Eigentümergesellschaft diskreditieren würde. Nichts spricht dagegen, die Ergebnisse zu veröffentlichen. Zumal die Öffentlichkeit bereits eingebunden war, denn u. a. wurden auch 200 Bürgerinnen und Gäste interviewt, um wichtige Datengrundlagen zu sammeln.

Das Gutachten besteht aus zwei Teilen. Der erste analysiert auf 51 Seiten den Standort Wilhelmshaven, nimmt das Jade-Zentrum unter die Lupe und untersucht die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine Umstrukturierung. Der zweite Teil befasst sich auf 74 Seiten konkret mit den Marktchancen, der Neupositionierung des Jadezentrums und eben einem neuen Nutzungskonzept.

Papier ist geduldig

"Es gibt viele Gutachten, die meisten verschwinden in der Schublade, und oft ist das gar nicht schlecht", äußerte FDP-Sprecher Dr. Michael von Teichman im Zusammenhang mit einem ganz anderen Gutachten (s. "Ratssplitter"). Teilweise trifft das für das Gutachten zum Jadezentrum zu: Lange Passagen wirken aufgeblasen, Themenblöcke werden wiederholt, Tabellen und Grafiken werden mehr beschrieben als analysiert. Belangloses und Selbstverständliches wird durch Imponiersprache auch nicht wichtiger. Einige Zahlen und Daten sind überholt. Großzügig aufgerundet wurde bei den "rund 90.000 Einwohnern" (Teil I / S. 12; das waren auch im Bezugsjahr 2003 schon lange nicht mehr so viele). Die Recherche wirkt teilweise schlampig, mal so eben aus dem Internet gefischt, und auch sprachliche Unsauberkeiten erwecken den Eindruck, als wäre das Ganze mit heißer Nadel gestrickt. Manche Aussagen wirken wie Gefälligkeiten – mit der Gefahr, bei möglichen Investoren überzogene Erwartungen zu wecken: "Das Zukunftsprojekt Tiefwasserhafen "JadeWeserPort" ist planerisch abgeschlossen" (falsch! Der Planfeststellungsbeschluss steht noch aus). "Rund um die Jadestadt entstehen mittelfristig mit dem Großprojekt ... mehrere Tausend neue Arbeitsplätze." Wäre schön, ist

bisher aber weder hier noch anderswo statistisch sauber belegt. Der Containerhafen wie auch der Biotechnologiepark müssen gleich mehrfach als positive Standortfaktoren erhalten.

Doch wenn man sich durch solche Ärgernisse gekämpft hat, stößt man doch auf Informationen, die nicht nur für die Zukunft des Jadezentrums, sondern insgesamt für die Stadtentwicklung verwertbar sind. Wir können diese hier nur schlaglichtartig vorstellen und hoffen, dass das Gutachten in Gänze bald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Als lokale Informationsquellen nutzte die ggh eine Expertenrunde mit Vertretern aus Touristik und Wirtschaft der Stadt sowie Befragungen von potenziellen Mietern (Unternehmen) sowie Einheimischen und Gästen. Die Experten sehen das Jadezentrum als "schwierigstes Objekt in Wilhelmshaven", und auch für Betriebe und BürgerInnen ist das negative Image des Komplexes das zentrale Problem. Wenig attraktiv ist auch die Lage an der stark befahrenen Kreuzung Peter-/Grenzstraße, damit verbunden die schwierige Zufahrt für Fahrzeuge und eine kaum einladende Eingangssituation.

Von 200 befragten Unternehmen waren nur 12 motiviert, sich überhaupt zu äußern. Von diesen war niemand bereit, den bisherigen Standort für Räumlichkeiten im Jadezentrum aufzugeben, trotz der Ansicht, dass es mit der Stadt wirtschaftlich bergauf geht.

Nutzung als Markthalle ...

Die ggh stellt verschiedene Beispiele für gut frequentierte Markthallen in Deutschland vor. Diese sind allerdings, im Unterschied zum Jadezentrum, architektonisch sehr attraktiv. Die Gebäude der Markthallen in Stuttgart, Dresden und Chemnitz sind sämtlich Jugendstil- bzw. Gründerzeitbauten aus der Zeit der vorletzten Jahrhundertwende, der 2005 eröffnete Bau in Pforzheim ist lichtdurchflutet und mit einem riesigen Dachgarten versehen. Eine Konkurrenz zur bestehenden Wochenmarktkultur in Wilhelmshaven ist nicht gewollt bzw. für eine Markthalle in dieser Lage und diesem Bau kaum aussichtsreich.

... für Factory Outlet

Bundesweit gibt es Zentren für den Fabrikverkauf (factory outlet) begehrter Markenartikel. Beispielhaft wird im Gutachten das "Wertheim Village" vorgestellt, das direkt an der A3 liegt und architektonisch in anheimelndem Dorfcharakter gestaltet ist. Auch für diese Nutzung fehlen dem Jadezentrum die Voraussetzungen.

... für Gesundheit, Spa und Wellness

Nach eigener Aussage gehen fast 20% der 200 befragten Bürgerinnen bzw. Gäste regelmäßig in ein Fitnesszentrum. Ältere Menschen ("aktive Alte") geben rein statistisch bis zu 3000 Euro jährlich für ihre Gesundheit aus. Vor dem Hintergrund, dass der Anteil älterer Menschen in unserer Stadt weiter wächst, hätten "Wellness"-Einrichtungen im Jadezentrum theoretisch eine Zukunft. Die Befragten zeigten jedoch wenig Interesse an neuen Angeboten an diesem Standort, d. h. wohl an Standardeinrichtungen wie Apotheke oder Arztpraxis, aber weniger an Massage, Beauty oder Wellness.

Shopping und Freizeit

70% der Befragten würden neue Shopping- und Freizeitangebote im Jadezentrum begrüßen, sofern sie im einfachen bis mittleren Qualitäts- und Preisniveau angesiedelt sind. Der Kinobesuch steht bei den Befragten in Wilhelmshaven hoch im Kurs, und 29% könnten sich ein neues Kino im Jadezentrum gut vorstellen. Beim Blick auf das Kinozentrum an der Bahnhofstraße hat man jedoch den Eindruck, dass der Betrieb dort schon stark rationalisiert wurde. Bundesweit leiden Filmtheater unter dem boomenden Heimkinomarkt und Filmpiraterie. So ist fraglich, ob ein Kinounternehmen das Risiko einer Neuinvestition im Jadezentrum eingehen würde. Als weitere Freizeitangebote wurden Billard, Bowling, Internetcafé und Spielhalle genannt; Anspruchsvolleres wie Theater, Konzerte oder Musicals wurden nicht angesprochen.

Hotelangebote unzureichend

Das Gutachten geht dann den Veranstaltungen auf den Grund, die vorab als zukunftsfähiges Kerngeschäft in der Stadthalle und den Nebenräumen prognostiziert wurden: Kongresse, Ausstellungen, Messen. Als Beispiele werden Stadt- bzw. Kongresshallen in Augsburg, Bielefeld, Chemnitz, Neu-Ulm und Würzburg benannt. Dabei wird vor allem auf das hochpreisige Segment abgehoben, z. B. Ärztekongresse, verbunden mit First-Class-Hotels in direkter Anbindung zum Tagungszentrum. Dies ist beim Jadezentrum nicht der Fall. Zudem fehlen, stellt die ggh fest, in Wilhelmshaven 5-Sterne-Hotels. *„... die aktuelle Angebotsituation im Beherbergungsbereich“* ist laut ggh *„für die zukünftige Entwicklung im Veranstaltungsmarkt quantitativ und qualitativ als unzureichend anzusehen ... Dieses Defizit wird auch nach der Realisierung des geplanten Holiday Inn Hotels nicht ausgefüllt sein.“*

Als konkurrierende Tagungszentren vor Ort werden das Gorch-Fock-Haus und das Pumpwerk genannt, die ebenfalls mehrere Hundert Sitzplätze bieten, sowie einige größere Hotels. Eine genaue Analyse, was TeilnehmerInnen von Tagungen etc. verschiedenster Art vom Standort erwarten, fehlt allerdings. So ist die ermittelte Zahl der Parkplätze möglicherweise weniger relevant als die Anbindung an den überregionalen Zugverkehr. Moderne Geschäftsreisende fahren nicht unbedingt im Auto vor, sondern sitzen entspannt im Zug, wo sie nebenbei arbeiten bzw. sich auf die Tagung vorbereiten können. Zwar hat Wilhelmshaven regelmäßige Verbindungen zur Außenwelt, es gibt jedoch keinen direkten IC- oder gar ICE-Anschluss wie z. B. bei der Stadthalle Bielefeld. Dafür liegt unser Bahnhof schön zentral zwischen Stadtmitte und Meer, was man entsprechend vermarkten sollte.

Auch das Umfeld trägt neben einem ansprechenden Gebäude zu einer attraktiven Tagungsatmosphäre bei. Nach Stunden trockener Themen in trockener Luft tut ein Spaziergang im Grünen in der Kaffee- oder Mittagspause gut. Auch beim Weg zwischen Tagungsstätte und Hotel bzw. Bahnhof sind plusminus 100 Meter weniger wichtig als die Art, ihn zurückzulegen. Natürlich hat jedes Klientel andere Ansprüche – vielleicht sollte man für Wilhelmshaven nicht ausschließlich Ärzte und Spitzenmanager ins Auge fassen, sondern kleinere Brötchen backen. Doch

auch unter Berücksichtigung aller genannten Rahmenbedingungen hat die Stadthalle einen schweren Stand.

Sind die von ggh und Stadt erwarteten 300 Tagungsveranstaltungen jährlich im Jadezentrum realistisch? Im Eröffnungsjahr 1979 kam die Stadthalle auf 159 Veranstaltungen an 326 Veranstaltungstagen mit 146.000 Besuchern, mit einer Steigerung im Folgejahr. Ab dann fielen die Zahlen - nicht linear, aber signifikant - nach unten ab. 1986 war noch mal ein Rekordjahr mit 186 Veranstaltungen. Ab Mitte der 90er Jahre pendelte sich die Zahl der Veranstaltungen im zweistelligen Bereich ein, auch die *“Expo am Meer“* im Jahr 2000 brachte nicht den Durchbruch. 2004 waren es schließlich nur noch 44 Veranstaltungen mit knapp 38.000 BesucherInnen. Der Nutzen für Hotellerie, Gastronomie und Handel steigt natürlich mit der Dauer der Veranstaltungen – wenn An- und Abreise am gleichen Tag erfolgen, bleibt nicht so viel hängen.

Als eine Möglichkeit, die auch eine breitere Zielgruppe anspricht, werden regionale Messen genannt, wie sie bundesweit auch in kleineren Städten zu Hunderten stattfinden. Naheliegender erscheint der Vorschlag, eine Messe mit maritimen Themen zu etablieren (unser Ideenbeitrag: *“Maritima Wilhelmshaven“* mit Infos zu Wassersport/-tourismus, Schiffszubehör, Präsentation von Werften, Liegeplätzen etc). Einen Versuch ist es allemal wert.

Spannend wird die Aufgabe, die unterschiedlichen Erwartungen einer wenig betuchten bzw. bescheidenen lokalen Bevölkerung mit denen eines anspruchsvolleren Tagungs- und Veranstaltungspublikums unter einen Hut zu kriegen. Solarien und Spielhallen würden laut Umfrage Ersteren entgegenkommen, bei auswärtigen Gästen aber vermutlich einen *“billigen“* Eindruck erwecken. Hier wird man glasklare Entscheidungen in einer Richtung fällen müssen.

Unterm Strich werden neben den skizzierten Veranstaltungen den Sparten *“Fachhandel“* sowie *“Gesundheit & Spa“* hohe Chancen in einem zukünftigen Nutzungskonzept eingeräumt, während eine Markthalle oder der Einzelhandelsmix keinen Erfolg versprechen.

Marketing mangelhaft

“Die Analyse des Veranstaltungsaufkommens in der Stadthalle macht deutlich, dass die Zahl der Veranstaltungen und die der Besucher von einem in den Anfangsjahren hohen Niveau kontinuierlich zurückging.“

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

Dies gilt sowohl für den Tagungs- und Kongressmarkt, der sich in der gleichen Zeit in der gesamten Bundesrepublik mit hohen Zuwachsraten zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor für die Städte und Gemeinden entwickelte. Dies gilt aber auch für den Bereich der Kultur- und gesellschaftlichen Veranstaltungen, die in Wilhelmshaven ständig an Bedeutung verloren. Die Gründe für diese Negativentwicklung ... können nicht allein der mangelnden Attraktivität und Anziehungskraft des Jade-Zentrums zugeschrieben werden. Zahlreiche Stadthallen und Veranstaltungszentren mit weniger ansprechender Hülle verbuchten deutschlandweit durchaus Zuwachsraten. Der Hauptgrund für die Entwicklung in Wilhelmshaven liegt vielmehr in der mangelnden Vermarktung des touristischen Standortes insgesamt und in einer äußerst zurückhaltenden Akquisition im Veranstaltungsmarkt.“ (ggh-Konzept Teil II S. 10-11). Neben baulichen Veränderungen ist also ein Marketingkonzept das Kernstück einer erfolgreichen Zukunft für das Jadezentrum.

Unverständlich bleibt, warum dieses Gutachten bzw. die daran Beteiligten so lange in der Schublade verschlossen wurden. Zwar legt die ggh offen, dass die Probleme zum Teil hausgemacht sind. Doch in der Schelte für hiesige Marketing-Verantwortliche liegen gleichzeitig Chancen, es zukünftig besser zu machen. Vor allem zeigen die Verantwortlichen der Stadt, die entgegen anders lautender Behauptungen durchaus am vorgestellten Nutzungskonzept beteiligt sind, dass sie das Problemkind Jadezentrum nicht aussitzen, sondern anpacken wollen. Dafür hätten sie unter anderen Umständen eigentlich ein Lob verdient. □

Jonathan



Naturkost

Das ist doch alles Käse:

Chevrondel, Saint Paulin, Comté, Crottin de Chavignol, Cantal,
Fourme d'Ambert, Abondance, Morbier...
Käsespezialitäten- nicht nur aus Frankreich, aber nur aus biologischem Anbau!
Für Fortgeschrittene und Anfänger ein Genuß!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Anzeige

linke alternative wilhelmshaven - linke alternative wilhelmshaven

Die Mitgliederversammlung der LAW hatte dieses Mal viel zu besprechen. Da ging es zunächst um Wal-Mart und um 136 Arbeitsplätze. Trotz guten Umsatzes, für den hauptsächlich die Bevölkerung des Stadtteils sorgt, soll dieser Standort abgegeben werden. Wie das heute so üblich ist, wird hinter den Kulissen viel geschoben; das Interesse der Bürger spielt dabei keine Rolle. Man nennt es "Verdrängungswettbewerb", und es ist alles ganz legal. Die LAW wird den berechtigten Kampf der Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze unterstützen und hofft auf viele Unterschriften auf den Listen, die dort ausliegen.

Haushaltsberatung

Weiter beschäftigte sich die Versammlung anlässlich der beginnenden Haushaltsberatungen mit dem städtischen Haushalt. Wie immer bei schwierigen Problemen hat die Stadt wieder ein Gutachten erstellen lassen. Pro Seite 1000 €, das macht in diesem Fall 125.000 €. Die hätte man im Haushalt gut gebrauchen können. Unsere beiden Ratsvertreter werden sich dafür einsetzen, dass es keinen Durchmarsch der Neoliberalen gibt, die

nicht nur bei der FDP sitzen. Sie werden sich gegen die angedachte "vollständige" (laut Gutachten) Privatisierung des Reinigungsdienstes wenden, in dem 120 Frauen Jobs in Teilzeit haben. Ihre Löhne wären in einer privaten Firma um bis zu 50 % niedriger. Outsourcing und ppp-Modelle, wie sie immer wieder auch im Gutachten vorgeschlagen werden, wird es nur gegen unsere zwei Vertreter geben. Die Jugendzentren sind in Wilhelmshaven inzwischen fast ohne Fachpersonal. Die 1 €-Kräfte geben ihr Bestes, aber da stoßen sie natürlich oft an ausbildungsbedingte Grenzen. Das kann so auf Dauer nicht bleiben: Wer die Jugend nicht fördert, der verliert die Zukunft, das ist zwangsläufig so. Das "Weihnachtsgeld" für arme Kinder, das im letzten Jahr in der Abstimmung im Rat knapp gescheitert war, wird von der LAW für 2007 jetzt schon beantragt. Und wir werden beantragen, dass eine Arbeitsgruppe des Sozialamtes sich mit der Möglichkeit eines Sozialpasses befasst. Wir hoffen, dass dieses Jahr die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland für ihre so wichtige Arbeit belohnt wird und

dass ihre bescheidene Forderung von 5000 € erfüllt wird. An uns scheitert das nicht!

Agenda

Zuletzt befasste sich die Versammlung mit dem Veranstaltungskalender der LAW. Er sieht eine Veranstaltung am 7. März vor, die sich mit der Zersplitterung der Gesamtgesellschaft in viele Teilgesellschaften mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichem Wahlverhalten beschäftigen wird. Im Mai wird es dann eine Veranstaltung zum G8-Gipfel geben. Außerdem wird eine Veranstaltung vorbereitet, auf der Chancen und Gefahren von ppp-Modellen (public private partnership) diskutiert werden sollen.



linke alternative wilhelmshaven
WählerInneninitiative für
Arbeit und Soziale Gerechtigkeit

leserbrief

Sehr geehrte Gegenwind-Redaktion!

Mit Bedauern stelle ich fest, dass bei dem Gespräch mit der Wilhelmshavener Zeitung mein eigentliches Anliegen leider in den Hintergrund gestellt wurde.

Dass ich als Bürger meiner Stadt eine Anzeige von der Kriminalpolizei wegen "Beschädigung öffentlichen Eigentums" bekomme, weil mein Hund gegen eine Aschtonne gepinkelt hat, finde ich schon mehr als skurril! Von dem angekündigten Bußgeld ganz zu schweigen. Ist nicht alles irgendjemandes Eigentum, auf oder gegen das ein Hund das Bein hebt?

Aber abgesehen davon fand ich die lautstarke Feststellung des "Tatbestandes" und die darauf erfolgte Attacke des Kripo-Beamten Herrn D. Haas, der sich bis heute weigert, Stellung zu nehmen bzw. sich zu entschuldigen, mehr als befremdend. Diese Reaktion eines Kripobeamten war wohl kaum angemessen, wenn man bedenkt, um was es geht - das Verrichten der Notdurft eines Hundes. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde habe

ich erst nach 14 Tagen eingereicht; es wäre also viel Zeit für das von mir gewünschte Gespräch gewesen.

Ich weiß als Ladeninhaber und Bewohner der Innenstadt von Wilhelmshaven die Präsenz der Polizei mehr als zu schätzen und auch zu würdigen. Doch es geht zu weit, wenn Menschen versuchen, Macht in Verkleidung des Rechts auszuüben. Ein Kripo-Beamter ist für mich auch "nur" ein Mensch wie du und ich!!!

Ganz davon abgesehen, um was für einen Tatbestand es hier sich überhaupt handelt.

In 17 Jahren Selbständigkeit wurde in meinen Geschäften kein Ladendieb, Scheckbetrüger, Randalierer noch Einbrecher weder von einem Beamten noch von mir so beschimpft und bedroht, wie ich es wurde. Wo sind da die Verhältnismäßigkeit und vor allem die Menschlichkeit meines "Freundes und Helfers" geblieben? Warum werde ich vor meinen Kunden derart lautstark beschimpft, fast schon beleidigt? Warum muss ich mich wegen so eines Vorfalles im Beisein meiner Kunden ausweisen und mich erniedrigen lassen? Ist das die angebliche Zivilcourage, die bewiesen wurde, von der Herr Abelt (Redakteur der WZ) in seinem prompten Kommentar unter dem WZ-Beitrag

schreibt?

Kann man diese Energie nicht für wirkliche Straftäter einsetzen? Und vor allem: Ist für so etwas die Kriminalpolizei zuständig, die doch wegen zu hoher Belastung eh schon klagt?!

Meiner und auch der Meinung meiner Kunden nach sorgte nicht Brando für "Zoff in der City", wie fälschlicherweise in der WZ zu lesen war, sondern einzig nur der Kripo-Beamte.

Ich frage mich, warum wird so ein "Pipi-Problem" nicht menschlicher und mit ein bisschen mehr Respekt vorm Hundehalter gelöst, so wie die Stadtverwaltung es auch tut? Wir haben es doch alle mal gelernt. Und wo stehen eigentlich die Toiletten für Polizeihunde?

Und sollte jetzt tatsächlich auch noch Hunde-Pipi zu Problemen und Kopferbrechen führen, stelle ich die Frage: Wen zeigen wir Wilhelmshavener denn an, wenn wir im Sommer wieder alle am Südstrand in unseren eigenen Fäkalien schwimmen dürfen?

Mit freundlichen Grüßen
Elco Rennebach

BASU
FREIE LISTE FÜR
WILHELMSHAVEN

BILDUNG | ARBEIT
SOZIALES UMWELT

WWW.BASU-WHV.DE

WWW.BASU-WHV.DE

24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT ÜBER DIE FÄKALIENEINLEITUNGSANSÄTZE DER STADT oder über die neuesten Entwicklungen zur „GOLDENEN WASSERHAHNÜBERGABE“ für den Bürger „Vulgaris“ oder über die neuesten KARIKATUREN oder INSULANUS oder... oder...oder...„DIE KAISERLICHEN KANALARBEITER“, zu finden unter dem neuen Menüpunkt: **FÄKALIENEINLEITUNGEN!** Informieren und engagieren Sie sich für IHRE GRÜNE SAUBERE STADT Wilhelmshaven!

BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI | 19.30 UHR!

WILHELMSHAVENS BÜRGER FÜR BÜRGER INFORMATIONEN PORTAL.

GRUPPO 1436.COM